

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 51/52 vom 23. Dezember 1983

17. Jahrgang

1 DM

Auf 1984!

Wieder ein Jahr vorbei — und doch keines wie viele andere zuvor. Ein Wechsel in Bonn, der hat dieses Jahr in der BRD geprägt. Und auch wenn in den letzten Wochen die Stimmen aus dem Lager des Großkapitals sich gemehrt haben, die mit dem „Wendetempo“ nicht zufrieden sind, die noch mehr und noch rigideres Vorgehen wollen, so hat doch diese Wende auch die Lage vieler Menschen im vergangenen Jahr bestimmt und wird es, auch und gerade nach der Verabschiedung des Bundeshaushalts, im kommenden Jahr erst recht tun.

Eine Regierung, die den Bruch von Tarifverträgen diktiert, wie es bei ARBED war, die die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als absurd und dumm beschimpft, die Gelder für den Krieg im Libanon lockermacht, einer solchen Regierung ist viel zuzutrauen, denn sie handelt im direktesten Auftrag des Großkapitals.

Deshalb wird dieses kommende Jahr ganz im Zeichen des Kampfes um die 35-Stunden-Woche stehen sowohl für die Gewerkschaftsbewegung, als auch für unsere Partei, ein Kampf von besonderer Wichtigkeit, weit über den üblicher Manteltarife usw. hinaus.

Sicher gibt es noch andere, wichtige und sehr wichtige Probleme des Klassenkampfes, aber dies wird die Hauptsache sein und auch ganz entschieden für die Tätigkeit, für den Kampf unserer Partei.

Dabei sind mit Sicherheit die Betriebsratswahlen als ganz wichtiger Faktor zu nennen: für unsere Partei ein wichtiger Gradmesser ihrer Politik, aber vor allem auch entscheidend wichtig für folgende Auseinandersetzungen gegen die Rationalisierungspläne des Kapitals.

Und natürlich, gerade an einer Jahreswende, da amerikanische Schiffe in mörderischer Absicht den Libanon beschießen, muß man sagen, der Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges, den die Imperialisten anzuzetteln bereit sind. Sicher wäre da vieles zu nennen, aber dies ist keine Analyse, sondern lediglich die Feststellung einiger herausragender Dinge, die im nächsten Jahr auf alle zukommen. Und dafür wünschen wir unseren Lesern

ein gutes, erfolgreiches Jahr.

Hände weg von der PLO

Für die Rechte des palästinensischen Volkes!

Israel droht mit Massenmord

TRIPOLI/LIBANON. — Am vergangenen Wochenende wurden an Bord eines italienischen Lazarettschiffes unter Rot-Kreuz-Flagge 93 verwundete PLO-Kämpfer aus der umkämpften Stadt im Nordlibanon hinausgebracht. Zum Teil sehr schwer verletzte Kämpfer der Al-Fatah, Frauen darunter, ganz junge Leute hielten auch da noch Bilder des PLO-Chefs Arafat hoch, machten das Siegeszeichen.

Bei der Ausfahrt aus Tripoli hatten sie die Geschütze der PLO-„Rebellen“ und der syrischen Armee hinter sich, fuhren ins Mittelmeer der israelischen Flotte, den US-amerikanischen Kriegsschiffen entgegen.

Die Verletzten kamen heil auf Zypern an, die dort liegenden Schiffe, große Fährschiffe, die die griechische Regierung für den Transport der rund 4000 Mann unter Arafat für die UN bereitgestellt hatte, konnten zunächst nicht auslaufen. Der Hafen von Tripoli, die Lager der PLO dort lagen unter schwerem Beschuß israelischer Schiffe, die den Hafen praktisch blockierten.

Obwohl gerade ein Waffenstillstand der Bürgerkriegsparteien im Libanon in Kraft getreten war und eingehalten wurde, donnerten amerikanische Geschütze in die Gegenden um Beirut, die Gebirge um die Hauptstadt wurden von vor der Küste kreuzenden US-Kriegsschiffen unter Feuer genommen.

Während die tausenden PLO-Kämpfer in Tripoli auf die UN-Schiffe warteten, um nach Algerien oder in den Nord-Jemen gebracht zu werden, nachdem sie von ihren eigenen Leuten und von arabischen Armeen, wie der syrischen, blutig bekämpft worden sind, 700 Tote und 3000 Verletzte zu beklagen hatten, zur gleichen Zeit wurde im israelischen Parlament offen

über Völkermord gesprochen. Die internationale Evakuierungsaktion wurde dort als „Hilfe für den internationalen Terrorismus“ bezeichnet, Pläne erarbeitet, den Hafen zu blockieren oder die ausgelaufenen Schiffe auf hoher See anzugreifen. Israel lehnte jegliche Garantien für die Sicherheit des Transportes ab, Verteidigungsminister Mosche Arens drohte noch am vergangenen Sonntag, seine Streitkräfte seien fähig, die Evakuierung zu verhindern.

Zwar gab es verbale Proteste gegen die Haltung der Israelis, aber sämtliche Staaten, die ihre „Friedenstruppen“ in der Region stationiert haben, haben bisher noch keinen Finger gerührt, um die Mordaktion der israelischen Armee zu verhindern. So sind vor allem die USA mitschuldig, sollten die Israelis die Transporte angreifen, sollte im Sinne der großmachtsüchtigen Zionisten, so etwas wie eine „Endlösung“ der Palästinenser-Frage durch Massenmord vorgenommen werden.

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ sind die griechischen Schiffe in Tripoli eingetroffen, die Eva-

kuierung der PLO hat begonnen. Ob sie friedlich bis zur Landung in den Zielländern verläuft, wissen wir noch nicht. Yassir Arafat sagte seinen verwundeten Kämpfern, die als erste Tripoli verlassen konnten, zum Abschied: „Dies ist nur eine Station auf dem langen Weg zu einem unabhängigen Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem!“

Dies bleibt das Ziel, ein freier, unabhängiger Staat der Palästinenser, eine Heimat für das vertriebene und terrorisierte Volk. Ein Ziel, das nicht nur die PLO vertritt, die auf einem kommenden Kongreß ihre internen Streitigkeiten besprechen und lösen muß und wieder umstritten die Führung und Vertretung dieses kämpfenden Volkes werden wird. Dieses Ziel mitdurchzusetzen, ist auch unsere Aufgabe hier, indem wir die Solidarität mit dem palästinensischen Volk und der PLO verstärken, indem wir hier alle Kräfte bekämpfen, die die Mordpolitik der israelischen Zionisten unterstützen und den Einfluß des westlichen Imperialismus in Nahost stärken wollen.

Weihnachtsbeilage

Seite 13 bis 16

Sonderseiten 4 und 5

Der Kampf für die 35-Stunden-Woche und unsere Aufgaben

G. Grass für Wehrkraftzersetzung

Den Widerstand lernen

„Ich werde in Zukunft das tun, was früher im allgemeinen Sprachgebrauch Wehrkraftzersetzung genannt wurde“, sagte Günter Grass. „Die Stationierung neuer Massenvernichtungswaffen, zu der Bundestag und Bundesregierung die USA ermächtigt haben, (macht) die Bundeswehr zu einem Bestandteil eines Offensivkonzepts, das den Verteidigungsauftrag der Verfassung pervertiert.“ So heißt es in der Erklärung „Den Widerstand lernen“, der von vielen namhaften Schriftstellern in Heilbronn verabschiedet wurde. Darin rufen die Verfasser die Wehrpflichtigen auch „zur Verweigerung eines nach unserer Überzeugung verfassungswidrigen Wehrdienstes auf“.

Diese Erklärung ist ein deutliches Kennzeichen dafür, wie weit die Ablehnung der Raketenpolitik der Regierung in demokratischen Kreise reicht. Dementsprechend heulten die Reaktionäre auf. „Die Axt an den Wurzeln der Demokratie“, sieht der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU). „An Ungeheuerlichkeit nicht zu überbieten!“, schimpft der parlamentarische Geschäftsführer der CSU, Wolfgang Bötsch. Und auch sein Amtskollege von der SPD-Fraktion, Konrad Porzner, tobte: „Eine ungeheuerliche Diffamierung!“

Wir begrüßen die Haltung

der Schriftsteller ganz entschieden. Auch wenn wir Wehrdienstverweigerung nicht für das geeignete Mittel der Wehrkraftzersetzung halten; dafür muß man unserer Meinung nach in der Bundeswehr selbst arbeiten. Aber das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das der Bonner Regierung grundsätzlich nicht paßt, verteidigen auch wir ausdrücklich. Und jeder Schritt, der Bundesregierung und ihrer kriegsfördernden Politik die Gefolgschaft zu versagen, stärkt den notwendigen gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion.

Weihnachtsgeschenke von der CDU

Wirtschaftsrat fordert abermals Verstärkung des Sozialabbaus

Eine schöne Bescherung des Wirtschaftsrates der CDU an seine Kundschaft: Rechtzeitig vor Weihnachten legte dieser Haufen erneut ein Papier vor, in dem beschleunigter Sozialabbau gefordert wird. Damit machte sich der Wirtschaftsrat erneut zum Sprecher jener Teile des Großkapitals, die endlich eine Beschleunigung der Wende fordern, ähnlich wie dies im Spätsommer schon einmal der Fall gewesen war.

Der Inhalt dieser neuerlichen Denkschrift ist weitestgehend altbekannt: Die Staatsverschuldung muß abgebaut werden — und das heißt, Sozialabbau verstärken. Der Arbeitsschutz muß verringert werden — weil eben dann mehr — potentielle Un-

fallopfer — eingestellt würden.

Und das ganze Versicherungswesen müsse in Richtung „Teilkasko“ reformiert werden — womit diese auch so feinen Herren natürlich weder die Versicherung für ihre Luxuslimousinen noch die für ihre Luxuskörper meinen, sondern einfach die Forderung nach weniger Versicherungsschutz für die arbeitenden Menschen erneut erheben.

Daß dieser Bonzenklüngel mit Leben und Gesundheit der Werktätigen spekuliert, ist ja nun nichts Neues, das tun die Profitjäger und ihre Politiker allemal.

Daß sie gerade jetzt so laut kundtun, welche Absichten sie haben, das ist wichtig — nicht wegen Weihnachten und sogenannter christlicher Humanität, sondern jetzt, vor dem Jahreswechsel, vor einer Hochzeit der kapitalistischen Kongresse und Tagungen und Fachgespräche, da wird nochmals deutlich Position bezogen, da wird dafür gekämpft, daß solche Positionen Mehrheiten in den kapitalistischen Organisationen finden.

Nicht nur der „Fall Lambsdorff und Co“

Korrupter Parlamentarismus auch in Japan

Tanaka wiedergewählt

Die Neuwahlen in Japan haben deutlich gemacht, daß es keineswegs nur in der BRD so ist, daß die Korruption die auch so vielgeliebte parlamentarische Demokratie beherrscht. Dort wurde sogar der gerichtlich verurteilte von den Amis eingekaufte Expremier Tanaka wiedergewählt, wegen dessen Weigerung zurückzutreten es diese Neuwahlen gegeben hat.

Tanaka hatte vom US-Rüstungsmulti Lockheed größere Summen für Aufträge bekommen, wurde erwischt und verurteilt. Aber er gehört, wie etwa Franz Josef Strauß in der BRD, zu denjenigen politischen Figuren auf der Szene des Großkapitals, auf die die Herren im Hintergrund keinesfalls verzichten wollen. Solche Leute werden

auch über noch so große Skandale usw. hinweggerettet.

Tanaka weigerte sich zurückzutreten und trat zu dieser Neuwahl als „unabhängiger Kandidat“ an — wobei allein schon sein Wahlkampf ausreichte, um klarzumachen, daß das große Geld und die Macht hinter ihm stehen. Eine knappe Mehrheit der ewig-regierenden LDP-

Partei hatte verhindert, daß er als Parteikandidat aufgestellt wurde — im Landesmaßstab erlitt die Partei trotzdem eine schwere Schlappe, verlor deutlich die absolute Mehrheit. Nicht so Tanaka, der seinen Stimmanteil hielt und auch seinen Einfluß auf verschiedene, insbesondere parlamentarische Parteigruppierungen.

Daß hier wie dort mit gekauften Politikern gearbeitet wird, ist in beiden Ländern, in Japan wie in der BRD nichts Neues. Neu daran ist, daß es in aller Offenheit geschieht und

neu daran ist, wie auch in Japan ein wohl auch daher rührender Wahlbeteiligungsrückgang deutlich macht, daß darüber wachsende Empörung herrscht. Empörung über ein System, in dem das große Geld über vielfältige Wege herrscht, das hier wie dort immer aggressiver gegenüber der Bevölkerung wird.

Grund genug, verstärkt für ein System einzutreten, in dem dies nicht mehr möglich ist, in dem das große Geld enteignet und entmachtet ist und Politiker kontrolliert werden — für den Sozialismus.

Wahrscheinlich keine Volkszählung 1984

... aber die Gefahr der „Volksdurchleuchtung“ ist keineswegs gebannt

Das Volkszählungsgesetz ist durch das Bundesverfassungsgericht in wichtigen Teilen für verfassungswidrig und damit nichtig erklärt worden. Eine unumschränkte Datenspeicherung und -weitergabe, der Abgleich der Volkszählungsdaten mit den Melderegistern ist ebenso rechtswidrig wie bestimmte „personenbezogene“ Fragen (etwa, ob jemand „Insasse“ einer Anstalt sei).

Dieses Urteil, das wir in Auszügen nebenstehend dokumentieren, ist durchaus als Schlappe für diejenigen zu bewerten, die mit großem Aufwand, vielmalsigen Fernseh- und Rundfunkauftritten alle Gegner des Volkszählungsgesetzes als Spinner und zumindest potentielle Kriminelle abtun wollten. Zimmermann und Co. haben hier eine Ohrfeige einstecken müssen, auch wenn sie das nicht zugeben mögen und schon die Tatsache, daß das Bundesverfassungsgericht Volkszählungen an sich für rechtens erklärte (was wohl niemand anders erwartet hat), als großen Erfolg hinstellen.

Dennoch ermöglicht auch das BVG-Urteil die Datenspeicherung und die Datenweitergabe. Wenn aus dem Grundgesetz ein Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ abgeleitet wird — worauf ein Zimmermann nie von selbst gekommen wäre — so wird es doch gleichzeitig eingeschränkt, wird Datenweitergabe „im überwiegenden Allgemeininteresse“ zugelassen. Allerdings mit der Forderung nach verbesserter Datenschutzkontrolle.

Das BVG reagierte auf den massenhaften Protest gegen die geplante Volkszählung direkt und stellte fest, daß auch

„in solchen Teilen der Bevölkerung“ Sorge vorhanden gewesen sei, „die als loyale Staatsbürger das Recht und die Pflicht des Staates respektieren“. Das Urteil spricht sich auch dagegen aus, daß der Bürger in diesem Staat befürchten müsse, daß „abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden“. Wer damit rechne, „daß etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert“ werde und fürchte, „daß ihm dadurch Risiken“ entstünden, verzichte möglicherweise „auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte“. — Eine Wirkung, auf die Zimmermann und Gesinnungskumpane ziemlich unverhüllt abzielen.

So wird man die Teile des Urteils und seiner Begründung festhalten, bekanntmachen und verteidigen müssen, die dem Bemühen der Bundesregierung nach beschleunigtem Abbau der demokratischen Rechte in diesen Bereichen entgegenstehen.

Man wird aber gleichzeitig dagegen angehen müssen, daß mit diesem Urteil ein Stück Vertrauen in diesen Staat zurückgewonnen wird, eventuell auch bei

denen, die durchaus bereit waren, ihre Loyalität aufzukündigen. Die Bundesregierung hat ihre Ziele nicht aufgegeben, und ihren neuen Volkszählungsgesetzentwurf, den sie bereits Anfang 1984 vorlegen wird, muß man sich bestimmt ganz genau ansehen. Und dann darüber entscheiden, wie man sich dazu stellt, ob eine erneute Boykottbewegung anzustreben ist.

Außerdem steht im nächsten Jahr die Einführung des computerlesbaren Personalausweises bevor, mit der eine verstärkte Überwachung der Bundesbürger beabsichtigt ist. Dieser Ausweis, darüber sollte Einigkeit herrschen, ist abzulehnen. Der Widerstand dagegen ist aktuelle Aufgabe für alle, die bisher in Volkszählungsboykottinitiativen tätig waren, auch wenn die Zählung selbst 1984 nicht mehr stattfinden sollte.

Dieser Widerstand muß und wird, sehr zum Ärger Zimmermanns, viele Menschen einschließen, die sich durchaus nicht als Staatsgegner verstehen, die aus ihrem demokratischen Verantwortungsbewußtsein heraus handeln. Daraus gilt es auch immer ganz bewußt hinzuarbeiten. Gleichzeitig sollten wir anhand der Beweise, die uns diese Regierung selbst immer wieder liefert, ihre wirklichen Absichten aufzeigen. Und ihre Bereitschaft, auch gegen Gesetze zu verstoßen.

Diese Regierung und dieser Staat haben keine Loyalität verdient.

Auszüge aus Urteil und Urteilsbegründung zum Volkszählungsgesetz

1. Paragraph 2, Nr. 1 bis 7 sowie Paragraphen 3 bis 5 des Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1983) vom 25. März 1982 sind mit dem Grundgesetz vereinbar; jedoch hat der Gesetzgeber nach Maßgabe der Gründe für ergänzende Regelungen der Organisation und des Verfahrens der Volkszählung Sorge zu tragen.

2. Paragraph 9, Absatz 1 bis 3 des Volkszählungsgesetzes (VZG) 1983 ist mit Artikel 2, Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes vereinbar und nichtig.

3. Die Beschwerdeführer werden durch das Volkszählungsgesetz 1983 in dem aus Nr. 1 und 2 ersichtlichen Umfang in ihren Grundrechten aus Artikel 2, Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1, Absatz 1 verletzt.

Im übrigen werden die Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen.

4. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Beschwerdeführern die notwendigen Auslagen zu erstatten.

Die Urteilsbegründung in Auszügen:

„Die Vorschriften des Volkszählungsgesetzes 1983 verstoßen nicht gegen das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Dieses Grundrecht ist nicht — wie einige Beschwerdeführer meinen — deshalb verletzt, weil sie nach Paragraph 3, Absatz 2 in Verbindung mit Paragraph 5, Absatz 1 Nr. 3 VZG 1983 gezwungen sind, ihre privaten Wohnverhältnisse offenzulegen. Freie Entfaltung der Persönlichkeit setzt unter den modernen Bedingungen der Datenverarbeitung den Schutz des einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten voraus. Dieser Schutz ist daher von dem Grundrecht des Artikels 2, Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1, Absatz 1 GG umfaßt. Dieses Recht auf „informa-

tionelle Selbstbestimmung“ ist nicht schrankenlos gewährleistet. Der einzelne hat nicht ein Recht, im Sinne einer absoluten, uneingeschränkten Herrschaft über „seine“ Daten. Er ist vielmehr eine sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft entfaltende, auf Kommunikation angewiesene Persönlichkeit.

Die Verfassungsbeschwerden geben keinen Anlaß zur erschöpfenden Erörterung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Zu entscheiden ist nur über die Tragweite dieses Rechts für Eingriffe, durch welche der Staat die Aufgabe personenbezogener Daten vom Bürger verlangt. Dabei kann nicht allein auf die Art der Angaben abgestellt werden. Entscheidend sind ihre Nutzbarkeit und Verwendungsmöglichkeit.

Die Verwendung der Daten ist auf den gesetzlich bestimmten Zweck begrenzt. Schon angesichts der Gefahren der automatischen Datenverarbeitung ist ein — amts-hilfefester — Schutz gegen Zweckentfremdung durch Weitergabe und Verwendungsverbote erforderlich. Als weitere verfahrensrechtliche Schutzvorkehrungen sind Aufklärungs-, Auskunft- und Lösungspflichten wesentlich.

„Die Zusammenführung von im Rahmen der Volkszählung 1983 erhobenen Daten oder deren Verbindung mit bei den statistischen Ämtern bereits vorhandenen Informationen ermöglicht es auch nicht, Teilabbilder der Persönlichkeit anzufertigen, die mit der Würde des Menschen nicht vereinbar sind. Das Erhebungsprogramm des Volkszählungsgesetzes 1983 genügt auch dem Gebot der Normenklarheit. Das Erhebungsprogramm entspricht, soweit es Prüfungsgegenstand ist, auch dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Danach muß eine Maßnahme zur Erreichung des angestrebten Zweckes geeignet und erforderlich sein; der mit ihr verbundene Eingriff darf seiner Intensität nach nicht außer Verhältnis

zur Bedeutung der Sache und den vom Bürger hinzunehmenden Einbußen stehen.

Die zu statistischen Zwecken erhobenen, noch nicht anonymisierten, also noch personenbezogenen Daten dürfen — kraft ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung — weitergeleitet werden, soweit und sofern dies zur statistischen Aufbereitung durch andere Behörden erfolgt und wenn dabei die zum Schutz des Persönlichkeitsrechts gebotenen Vorkehrungen, insbesondere das Statistikgeheimnis und das Gebot der Anonymisierung, in gleicher Weise zuverlässig sichergestellt sind wie bei den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.“

„Die Kombination der Volkszählung für statistische Zwecke mit dem Melderegisterabgleich entspricht nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen. Paragraph 9, Absatz 1 VZG 1983 verletzt aber das in Artikel 2, Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1, Absatz 1 GG gesicherte Recht auf informationelle Selbstbestimmung, weil die Regelung tendenziell Unvereinbares miteinander verbindet, deshalb zur Erreichung der angestrebten Zwecke ungeeignet, in ihrem Inhalt unklar und daher in ihrer Tragweite für den Bürger unverstündlich ist.

Auch Paragraph 9, Absatz 2 VZG verstößt gegen Artikel 2, Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1, Absatz 1 GG. Dasselbe trifft auf Paragraph 9, Absatz 3 VZG zu. Auch Satz 2 des Paragraphen 9, Absatz 3 VZG verstößt gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Demgegenüber verletzt jedoch Paragraph 9, Absatz 4 VZG nicht das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Schließlich werden die Beschwerdeführer nicht in ihrem Grundrecht aus Artikel 19, Absatz 4 GG verletzt.

Das die Absätze 1 bis 3 des Paragraphen 9 VZG 1983 mit dem Grundgesetz unvereinbar sind und die Beschwerdeführer in ihren Grundrechten aus Artikel 2, Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1, Absatz 1 GG verletzen, sind diese Vorschriften für nichtig zu erklären. Gründe, die es ausnahmsweise zulassen, von einer Nichtigerklärung abzusehen, liegen nicht vor.“

Aktenzeichen: 1 BvR 209/83 u. a. vom 15. Dezember 1983. dpa

Prozeß gegen türkische Konsulatsbesetzer

Im Januar beginnen in Köln die Prozesse gegen zehn Anhänger der inzwischen verbotenen türkischen Organisation Devrimci Sol (Revolutionäre Linke), die im November das türkische Generalkonsulat der Stadt besetzt hatten. Die Angeklagten hatten damit auf die Zustände in der faschistisch regierten Heimat aufmerksam machen wollen und auf die gute Zusammenarbeit,

die die Bonner Regierung mit der Junta in Ankara pflegt.

Für diese Zusammenarbeit steht auch dieser Prozeß. Aus dem Innenministerium wird nachdrücklich die Auslieferung der Oppositionellen an das Henkerregime propagiert.

Über die Haftbedingungen der Angeklagten berichtet H.-U. Dillmann in der „taz“:

„lichen Sozialismus in der DDR arbeiteten, sollen sie acht Jahre sitzen. Auch den Jahreswechsel und damit den 15. Jahrestag der Gründung unserer Partei müssen sie hinter Gittern verbringen. Ihnen gelten unsere Gedanken und unsere Solidarität. Wir rufen unsere Leser auf: Denkt an die gefangenen Genossen auch bei euren Weihnachts- und Neujahrsgrißen!“

„Wie die Justiz die zehn türkischen Konsulatsbesetzer einstuft, läßt sich an ihren Haftbedingungen ablesen. Der Großteil befindet sich seit der Festnahme in strenger Isolationshaft, die sich noch dadurch verschärft, daß nicht alle bei ihrer Inhaftierung so ausreichend deutsch sprachen, daß sie sich hätten ohne Probleme verständigen können. Besuche müssen in deutscher Sprache oder unter Zuhilfenahme eines teuer bezahlten und vom Gericht bestellten Dolmetschers durchgeführt werden. Mehrmals versuchten die Gefangenen durch Protestaktionen, Petitionen, Anträge und schließlich durch einen Hungerstreik Verbesserungen ihrer Haftbedingungen zu erreichen. Vergeblich. Obwohl ihnen die Staatsanwalt-



Vor dem türkischen Konsulat im Sommer '82: türkische Rechte und Konsulatsbeamte prügeln auf antifaschistische Demonstranten ein

schaft die Besetzung des türkischen Generalkonsulats als gemeinschaftliche Geiselnahme

und Nötigung vorwirft, ist den zehn inhaftierten Türken bis heute nicht gestattet worden, auch ihre Verteidigung gemeinschaftlich vorzubereiten.“

Die Gefangenen dürfen nicht den Faschisten in die Hände fallen! Die Zusammenarbeit Bonn/Ankara muß eingestellt

werden! Weg mit dem Dev-Sol-Verbot — den türkischen Faschisten (Grauen Wölfen) in Westdeutschland muß das Handwerk gelegt werden!

Prozeßtermine: 2., 4., 6. und 9. Januar, jeweils 9 Uhr Landgericht Köln, Luxemburger Straße, Saal 210.

Denkt an die gefangenen Genossen!

Seit fast drei Jahren sitzen die beiden kommunistischen Oppositionellen Andreas Bortfeld und Manfred Wilhelm in den Gefängnissen der DDR. Weil sie mit der KPD für Frieden, Arbeitermacht und wirk-

„Kizil Şafak“ Nr. 3 erscheint diese Woche

Die dritte Ausgabe des türkischsprachigen „Roten Morgen“ — „Kizil Şafak“ — erscheint noch im Dezember. Folgende Themen werden darin behandelt:

1. 35-Stunden-Woche; Tarifverhandlungen
2. Bericht vom KPD-Parteitag
3. Flick/Lambsdorff
4. Haushalt '84
5. Verbot der ANS/NA
6. Erdbebenfolgen Türkei
7. Volksfront-Kongreß
8. Kabinettbildung Türkei
9. Hoesch-Wohnungsbaupolitik Dortmund-Borsig-Platz
10. Kurznachrichten
11. Ankündigungen usw.



Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Ein Schlaglicht auf die besondere Ausbeutung ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter werfen zwei aktuelle Flugschriften aus Witten und Hamburg. In Witten deckte der „Rote Lautsprecher“, die KPD-Betriebszeitung bei Siemens, einen Skandal um die Kündigung von 18 türkischen Arbeitern auf. Über die Verhältnisse bei der Altonaer Lebensmittelfirma „Nordarm“ informiert ein Flugblatt der Betroffenen.

Eine „feine“ Firma oder: kriminelle Methoden!

Die Firma D. Schunert, Witten Bebbelsdorf, hat 18 türkische Arbeiter auf die Straße geworfen. Fristlose Kündigung „aufgrund von Arbeitsverweigerung“ heißt es im Kündigungsschreiben. Fristlose Gefängnisstrafe müßte es eigentlich für diesen Unternehmer heißen, der schon einschlägig bekannt ist.

Er hat schon illegal Pakistanis eingestellt und sie für ein paar Mark — ohne Versicherung usw. — malochen lassen. Als vor etwa einem Jahr die Behörden diesem Spiel auf die Spur kamen, mußte er die Pakistanis entlassen und hat junge, unerfahrene türkische Arbeiter eingestellt, die auf Arbeit angewiesen waren. Mit denen glaubte er, alles machen zu können.

Damit diese türkischen Arbeiter ihn genauso billig kommen wie die unversicherten Pakistanis, hat er als erstes die Akkorde enorm hochgesetzt. Natürlich gibt es in diesem Betrieb keinen Betriebsrat, und so kann Herr Schunert — wie er meint — völlig willkürlich handeln. Die Akkorde waren so hoch, daß die Leute teils auf 3 bis 4 DM Stundenlohn kamen. Er ließ sie nach Belieben arbeiten, mal 3 mal 12 Stunden, samstags oder sonntags. Überstundengeld oder Feiertagszulagen kannte er nicht,

ebensowenig Urlaubsgeld. Weiter sparte er an den Kauen und Toiletten und Pausenräumen für die ausländischen Arbeiter, die er extra von den deutschen Arbeitern getrennt hat: kein Licht, keine Heizung, kein Toilettenpapier, keine Reinigung.

Nachdem Herr Schunert sich schon an den wahnwitzigen Akkorden eine goldene Nase verdient hat und an allem möglichen „gespart“ hat, kam er eines Tages auf die Idee, auch noch am Lohn zu sparen. Die Kollegen bekamen einfach den Septemberlohn nicht und dann wurde ihnen auch noch der Oktoberlohn vorenthalten. Schunert wollte ratenweise bezahlen. Bisher ging aber erst die erste Septemberrate ein.

Am 4. 11. platzte den Kollegen der Kragen. 18 türkische Kollegen legten die Arbeit nieder und verlangten Lohn. Erst wenn sie Lohn bezahlt bekämen, würden sie die Arbeit wie-

der aufnehmen. Herrn Schunert fiel nichts Besseres ein, als die Polizei zu holen und sofort fristlos zu kündigen. Diese Kündigung ist völlig widerrechtlich, (denn wenn man keinen Lohn erhält und deshalb nicht arbeitet, ist das keine Arbeitsniederlegung).

Die Kollegen sind mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft vors Arbeitsgericht gegangen.

Wir streiken weiter

Weil wir seit zwei Monaten von der Firma Nordarm unseren Lohn nicht ausbezahlt bekommen haben, streiken wir, 28 türkische Arbeiter/innen, seit dem 6. 12. 83.

Wir haben nur 1000,— DM brutto monatlich bekommen, trotz Akkord! Wir haben bisher ohne schriftliche Arbeitsverträge bei äußerst miserablen Arbeitsbedingungen (Gestank, Kälte, keine ausreichenden sanitären Anlagen, keine richtige



Streikende türkische Arbeiter bei „Nordarm“

Arbeitskleidung usw.) gearbeitet!

Dies sind Arbeitsbedingungen, unter denen normalerweise kein Mensch arbeiten würde.

Der § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) bestimmt: Arbeitsplätze werden erst an Deutsche oder Menschen aus EG-Ländern vergeben, der Rest bleibt für Menschen aus Nicht-EG-Ländern (z. B. Türken).

Das heißt in unserem Fall: Nur für diese Drecksarbeit hat uns das Arbeitsamt eine Arbeitserlaubnis erteilt. Sonst hätten wir nichts bekommen. Wenn wir uns jetzt wehren, weil wir unseren Hungerlohn nicht ausbezahlt bekommen haben, schmeißt uns der Unternehmer einfach raus. Er kann sicher sein, vom Arbeitsamt wieder „belieft“ zu werden.

Gegen diese Unternehmerwillkür stehen unsere Forderungen:

- Auszahlung des noch ausstehenden Lohnes;
- Rücknahme der Kündigungen.

Wenn wir jetzt nachgeben,

wären wir nicht nur um unseren Lohn betrogen. Da wir kaum Aussicht auf neue Arbeit haben, bliebe uns nur noch der Gang zum Sozialamt und langfristig die Bedrohung durch Ausweisung. So wird in der Praxis die Ausländer-raus-Politik der Bundesregierung betrieben! Wir wissen, daß wir nicht allein stehen. Tausende von Menschen aus Nicht-EG-Ländern sind in gleicher Lage, stehen unter gleichem Druck. Wenn wir menschengerechte Arbeitsplätze fordern, einen normalen Lohn, so fordern wir das nicht nur für uns. Wenn wir heute zu diesen Arbeitsbedingungen gezwungen werden, werden es morgen die deutschen Kollegen sein. Deshalb rufen wir die DGB-Gewerkschaften auf, insbesondere die NGG, sich voll hinter unseren Kampf zu stellen.

Spendet für unseren Streik — wir wissen nicht, wovon wir unsere Miete und unser Essen bezahlen sollen.

Wir fordern vom Hamburger Senat, die hier praktizierte Regelung aufzuheben, mit der Nicht-EG-Ausländern Arbeits-

plätze verweigert werden.

Solidarisiert euch mit unserem Kampf! Gegen die unmenschliche Ausländer-raus-Politik:

- Gleichbehandlung von deutschen und ausländischen Arbeitnehmern!
- Arbeitsplätze, keine Ausländerhetze!

Niedersachsens Polizei knüpelt wieder kostenfrei

In Niedersachsen wird künftig von Demonstranten nicht mehr verlangt, einen Polizeieinsatz gegen ihre Aktion auch noch zu bezahlen. Alle bisher in solchen Zusammenhängen ergangenen Rechnungen wurden zurückgezogen.

Bereits im August hatte das Obergericht Lüneburg in einem Grundsatzurteil festgestellt, daß die Aufforderung der Bezirksregierung Hannover an 200 Demonstranten, sie sollten die Kosten für den Polizeieinsatz bei der Räumung des Anti-Atom-Dorfes Grohnde tragen — insgesamt 211000 DM — ungesetzlich war. Innenminister Möcklinghoff zog endlich die unumgängliche Konsequenz: Das Ansinnen wurde abgelehnt. In mindestens zehn Fällen hatte das Land Niedersachsen seit 1978 solche Forderungen erhoben. Die etwa 2500 Bewohner der „Republik Freies Wendland“ beispielsweise sollten für die Räumung und Zerstörung ihres Dorfes auf dem „Bohrloch 1004“ bei Gorleben zusammen 2,8 Millionen DM bezahlen.

Möcklinghoff sah sich gezwungen, die Rechtswidrigkeit insbesondere des Prinzips der „gesamtschuldnerischen Haftung“ anzuerkennen, demzufolge jeder einzelne Demonstrant für die volle Summe haftet. Eine „eventuell neu zu schaffende Gesetzesgrundlage“, so erklärte er, dürfe dieses Prinzip nicht erhalten. Ob es eine solche Vorlage überhaupt geben wird, ließ er noch offen.

Die Grohnde-Demonstranten sollen dennoch zur Kasse gebeten werden: Eine zivilrechtliche Schadensersatzklage vom 19. 3. 77 wird weiterverfolgt. Hier geht es darum, daß zwölf Demonstranten gesamtschuldnerisch für einen angeblichen Schaden von 234000 DM haften sollen!

Arbeitslos

Oder: wie ich mir selber helfe

Die folgende Zuschrift erhielten wir von einem jungen Arbeitslosen aus Dortmund:

Endlich wieder Arbeit, dachte ich, als ich im August wieder 'ne Stelle hatte. Finanziell stand ich wieder besser, wieder das Gefühl, kein Schmarotzer zu sein. Denn auch wenn man weiß, daß man keine Schuld hat, wenn man arbeitslos wird, fühlt man sich auf Dauer unwohl, wenn man andere bei der Arbeit sieht, ist eben unbefriedigt.

Jetzt wieder arbeitslos, wetterbedingt, weiß nicht genau, wann ich wieder anfangen kann. Doch ich gehe jetzt ganz anders daran. Immer mit der Ruhe, denke ich mir, Überblick behalten. Erst mal sich selbst beschäftigen. Dann der ganze Scheiß wieder mit dem Arbeitsamt. Anträge hier und da. Bald nur noch Arbeitslosenhilfe. Keine Panik, du schaffst das, denke ich mir, du läßt dich nicht schafften! Die bekommen dich nicht klein. Immer schön wütend bleiben.

Erst mal was zu tun in meiner neuen Wohnung. Streichen, Einrichten usw. Vor allem nicht

so viel grübeln — was tun ist angebracht. Firmen abklappern — nur Frust! Also Schwarzarbeit. Habe bald was in Aussicht. Darauf hinarbeiten — nicht hängen lassen, denke ich, dann schlafte man wieder ab. Ich helfe einer Bekannten beim Tapezieren. Kein Verdienst, die bekommt selbst ja nur Sozialhilfe. Aber man hat Spaß bei der Arbeit. Lachen ist gesund. Ich neige sowieso zu Depressionen.

An sich selber arbeiten, nicht aufgeben! Das ist oft die einzige Möglichkeit, die man hat. Sich Ziele stecken, und wenn sie noch so klein sind, keine Resignation. Sich selbst in den Arsch treten und aufraffen, und immer daran denken, daß man nicht der einzige Arbeitslose ist. Viel Kontakt suchen, viel reden, sich engagieren, immer Selbstbestätigung suchen. Das ist nicht immer einfach. Aber wenn man das will, ist man schon ein Stück weiter. Also denk' ja nicht, du bist selber Schuld, und immer schön fröhlich bleiben, gell!

Carsten

P.S.: Es lebe die Schwarzarbeit!



Neulich hat's gescheppert in unseren eingestrichelten Denkkapazitäten. Nach der Lektüre des obigen Comics in der „UZ“ (Zeitung der DKP) vom 15. 12. Weniger wegen der Zeichnung, als wegen den Sprüchen: Die „UZ“ für NATO-Austritt? — Daß wir dafür sind, ist ja bekannt. Die DKP aber hat, mehrmals sogar ausdrücklich und ihr Vorsitzender Herbert Mies auch schon in der UZ, bisher dagegen Stellung bezogen. Der einseitige Schritt der Bundesrepublik schien sich nicht zu vertragen mit dem Bemühen ihrer Stichwortgeber im Ostblock, die die Völker immer auf die Verhandlungen zwischen den Supermächten vertrösteten, bei denen die Sowjetunion angeblich ihre Interessen vertritt. Die andere, gängige Begründung war bisher: Diese Forderung schadet der Breite der Friedensbewegung, sie lenkt von den US-Raketen ab...

Schepper, was hast du gemacht. Bist du durch die Redaktionskontrolle geschlüpft? Mutig, mutig! Oder durftest du mal so vortasten...?

Im Ernst: Für eine Wandlung der DKP-Position in der NATO-Austritts-Frage gibt es bisher keine ernstzunehmenden Anzeichen. Unsere Haltung dazu ist klar: Wir würden eine solche Entwicklung begrüßen. Denn die Mitgliedschaft der BRD im NATO-Kriegspakt anzugreifen, heißt die Kriegstreiber direkt anzugreifen, ihre Strategie in Frage zu stellen; eine Lösung unseres Landes aus der NATO würde die aktuelle Kriegsvorbereitung erschweren, den Frieden sicherer machen. Die NATO-Mitgliedschaft ist lebensgefährlich. Vielleicht machen sich ja auch mehr DKP-Mitglieder inzwischen solche Gedanken...

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche und unsere Aufgaben

Der folgende Text wurde von einem Genossen der Ortsleitung Dortmund der Partei verfaßt, für ein Seminar der Parteiorstgruppe zu diesem Thema. Wir veröffentlichen ihn leicht überarbeitet, weil wir meinen, daß er eine gute Grundlage dafür ist, sich den ganzen Sachverhalt nochmals vor Augen zu führen, entsprechende Diskussionen in Parteizellen zu führen und in der politischen Auseinandersetzung um diese Frage bestehen zu können.

Am 13. Dezember war der erste Termin einiger offizieller Tarifverhandlungen über die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie. Da begann in Baden-Württemberg und im Norden endgültig eine der größten Auseinandersetzungen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung mit dem organisierten Großkapital. Unsere Partei hat, spätestens seit dem 1. Mai dieses Jahres, darauf orientiert, daß dies die wichtigste politische Auseinandersetzung im Jahr 84 sein wird.

Aber warum eigentlich? Was sind die Gründe dafür, daß diese Auseinandersetzung so wichtig ist, dafür, daß es politisch so wichtig ist, und eben keinesfalls nur wirtschaftlich?

Die politische Bedeutung des Kampfes und seine Vorgeschichte

Welche besondere Bedeutung dieser Kampf hat, kann man zunächst bereits daran sehen, mit welcher Entschlossenheit und Kraft die Organisationen des Kapitals eine politische Front gegen diese Forderung aufbauen.

Noch niemals haben Unternehmensverbände zu einer Tarifauseinandersetzung eine Propagandakampagne solchen Ausmaßes organisiert. Neben den üblichen Zeitungsanzeigen des Metallindustriellenverbandes gibt es solche Anzeigenkampagnen der Banken und der Druckindustrie, des BDI und

BDA, gibt es mindestens ein halbes Dutzend spezielle Propagandazeitungen, gibt es in jedem Bundesbahnabteil ein Heftchen dazu (unterschiedliche Ausgaben für die erste und zweite Klasse), gibt es eine inzwischen fast unüberschaubare Flut von Konferenzen, Kongressen, Statements. Nahezu keine große Tageszeitung, die nicht täglich darüber schreibt. Wobei der Springer- und Burda-Konzern eine Vorreiterrolle spielt. Seit Wochen eine Serie gegen die 35-Stunden-Woche in „Bild am Sonntag“ ist davon nur die Spitze des Eisbergs. An Zahl, Gestreutheit und Dauer ist diese Kampagne tatsächlich bisher einmalig.

Noch nie sind die Kapitalisten in ihren Drohungen so weit gegangen wie diesmal. Da wird nicht nur — wie selbstverständlich — von der Aussperrung geschrieben und geredet, die „natürlich“ als Antwort auf Streikmaßnahmen eingesetzt werde, sondern ein Herr Kirchner vom Metallindustriellenverband spricht offen von einem drohenden „übergesetzten Notstand“ (was die Begründung für die Einführung der Notstandsgesetze wäre) (1) und fast jede Stellungnahme eines Kapitalistenverbandes unterstreicht seit dem, daß die Erfüllung dieser Forderung nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch „untragbar“ wäre. (2)

Und noch nie hat eine Bundesregierung in einer so brennenden Frage dermaßen eindeutig Position zugunsten der Kapitalisten bezogen. „Absurd und dumm“ nannte der Kanzler diese Forderung, „anmaßend“ sagte Herr Geißler dazu — die Reihe ließe sich fortsetzen. Norbert Blüm, dem angeblichen sozialen Feigenblatt dieser Kapitalistenregierung kommt dabei die Rolle der politischen

Spaltung zu. Mit seinem Vorruhestandsgeld bietet er anscheinend ein Zuckerbrot zur Kohlischen Peitsche, sät so die Spaltung und ruft ein entsprechendes Echo bei jenen Gewerkschaftsführern hervor, die seit längerem deutlich gemacht haben, daß sie am Konzept der Sozialpartnerschaft auch unter Krisenbedingungen festhalten wollen.

Die Vorstände der IGBE, NGG, IG BSE, GTB und IG Chemie verstoßen so in aller Offenheit gegen den Beschluß des DGB-Kongresses vom Mai 1982, der besagt, daß beim Kampf um die 35-Stunden-Woche ein abgestimmtes Vorgehen organisiert werde. Abgestimmt — und das auch nicht sehr weit — haben sich bisher für diese Forderung nur die IGM, die IG Drupa, die GHK, die HBV, die DPG und die GDED. Unterstützt haben dies die G Kunst und die GEW, während die ÖTV, die zweitgrößte DGB-Gewerkschaft, erst jetzt „die Diskussion beginnt“.

Sicher mag es taktisch nicht richtig sein, ganz schroff gegen das Prinzip einer Frührente, wie auch immer, Stellung zu nehmen. Und sei es nur allein deshalb, weil eine solche Maßnahme genügend Anhänger unter älteren Arbeitern finden würde. (3) Wer sich an die Auseinandersetzung im DGB um die „Tarifrente“ erinnert, wird wissen, daß auch damals schon unsere Partei eine solche Auffassung vertreten hat: Keineswegs im Prinzip dagegen, sondern dafür — aber ohne „Opfer“ und vor allem nicht als Alternative zur 35-Stunden-Woche. Wer aber jetzt mit Blüm nur noch um die Bedingungen einer, wie auch immer getauften, Frührente streitet, der muß es sich gefallen lassen, als Spalter der Gewerkschaftsbewegung dargestellt zu werden, auch wenn beispielsweise Metke von der IG Chemie jetzt versucht, auf Distanz zu gehen.

Und in der Tat ist die Spaltung des DGB — nicht seine organisatorische, wohl aber seine faktische Spaltung, was die Gewerkschaftsführungen anbetrifft — ein Ziel, daß sich die Kapitalisten und ihre Regierung in dieser Auseinander-

setzung gesteckt haben, keineswegs nur Ergebnis objektiver Entwicklungen.

Auf dieser Ebene liegt auch die hauptsächlich politische Bedeutung des Kampfes. Denn die Er kämpfung der 35-Stunden-Woche steht sozusagen programmatisch den Plänen des Kapitals entgegen. Die Politik der Wende hat ja verschiedene Aspekte. Im sozialen Bereich sollte der Schritt gemacht werden von einer krisenbedingten Kürzungspolitik zugunsten des Kapitals, wie es die SPD/FDP-Regierung betrieben hatte, zu einer Gegenreform des gesamten Systems sozialer Sicherungen und Errungenschaften. Im wirtschaftlichen Bereich die „Opferleistung“ der Belegschaften zugunsten der Profite der Kapitalisten, weil nur so wieder investiert werde, also auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. So sollten Lohnkosten und Lohnnebenkosten entscheidend gesenkt werden und die Steuergelei der direkter in die Verfügung des Kapitals kommen. Im politischen Bereich bedeutet die Wende die schrittweise Einschränkung demokratischer Rechte, mit einem Schwerkrieg zunächst auf jenen Bereichen, die den Profitplänen des Kapitals entgegenstehen. Und im weltanschaulichen Bereich schließlich jene von Blüm so getaufte „Welle des Gemeinsinns“, mit der fast jede Forderung der Gewerkschaften an die Wand gedrückt werden sollte.

Sieht man sich diese sehr kurze Darstellung von Inhalt und Zielrichtung dessen an, was heute als Politik der Wende gilt, so wird wohl sehr schnell deutlich, wie sehr die Forderung nach der 35-Stunden-Woche gegen alle diese Eckpunkte der Wendepolitik verstößt. Sie widerspricht der Ideologie des „Gemeinsinns“ ebenso krass, wie der geforderten Opferbereitschaft der Belegschaften, geht dem Kapital an die Kasse und stellt, wahrscheinlicher Weise, mit dem Thema Streik und Aussperrung die Frage demokratischer Rechte ganz anders als in Bonn und anderswo gewünscht.

So steht die besondere politische Bedeutung dieses Kampfes, die der Grund für alle diese besonderen, teilweise regelrecht hektischen Aktivitäten des Kapitals und seiner Politiker ist. Denn sie wissen: Setzt sich die Gewerkschaftsbewegung mit dieser Forderung durch, so ist in der Tat die Politik der Wende — vielleicht nicht gescheitert, so aber doch — schwer angeschlagen. Und sie wissen auch umgekehrt, daß eine Niederlage der Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung den Handlungsspielraum nicht nur des DGB, sondern eigentlich jeglicher Opposition zur Wendepolitik entscheidend einengen würde. Wobei man natürlich festhalten muß, daß hier Niederlage keineswegs nur heißt, daß die Forderung nicht durchgesetzt wurde. Das könnte, selbst wenn es so eintrifft, immer noch eine positive Auswirkung haben, wenn es klar wird, daß es eine Nichterfüllung der Forderung war, weil die Reichen und Mächtigen dieses Landes all ihre Kraft dagegen einsetzten, wenn so also der Klassenhaß anwächst. Das wäre dann ein Pyrrussieg der Reaktion. Die Art Niederlage, die hier gemeint ist, ist anders: Wenn die Forderung nicht erfüllt wird und die Konsequenz daraus wäre, daß es sich sowieso nicht lohnt, Widerstand zu leisten, die Gewerkschaft größere Austrittsbewegung zu verzeichnen hat usw. Diese differenzierte Betrachtung — die hier nur angerissen

wurde — tut not, um nicht zu vorschnellen und oberflächlichen Urteilen zu kommen.

Es wäre eine Niederlage der Gewerkschaftsbewegung vor allem aus zwei Gründen. Zum einen wegen der politisch-moralischen Auswirkung auf die künftige Kampfkraft. Zum anderen ja aber auch, weil der Gewerkschaftsbewegung ganz faktisch kaum noch eine reale Möglichkeit bliebe, als Organisation (und nicht nur auf betrieblicher bzw. sonstwie begrenzter Ebene) in den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Rationalisierungskampagnen zu treten.

Und jeglicher Opposition natürlich in erster Linie aus dem Grund, daß, wenn die stärkste Organisation, die stärkste soziale Klasse geschlagen ist, die anderen Schichten alleine weder die Kraft aufbringen, den nötigen Widerstand zu leisten, noch ihrerseits auf wesentliche politische und moralische Unterstützung durch die Gewerkschaftsbewegung rechnen können.

Unter der Losung, die Arbeiter hätten ja nun ein Einsehen gehabt (oder auch: seien geduckt worden), würde der Opferapell anschließend an alle anderen vom sozialen Kahl-schlag und der kapitalistischen Krise Betroffenen verstärkt ergehen, und dies nötigenfalls sicherlich mit zunehmenden Drohungen.

„Bahn frei“ für weiteren Sozialabbau und Signale für den Abbau demokratischer Rechte (wie beispielsweise des Streikrechts durch ein Verbändegesetz, das aber auch zahlreiche andere Organisationen treffen würde) wären die Folge, deren konkrete Ausformulierung heute erst mal noch im Reiche der Spekulation liegen, obwohl die allgemeinen diesbezüglichen Pläne des Kapitals bekannt sind.

So steht die überragende politische Bedeutung dieses Kampfes, von der aus wir unsere Aufgaben bestimmen müssen.

Natürlicherweise muß man, wenn es konkret wird, in erster Linie einmal die zentralen inhaltlichen Fragen des Kampfes um die 35-Stunden-Woche behandeln. Also:

Die wirtschaftliche Bedeutung und die Konsequenzen der 35-Stunden-Woche

Dabei stehen im Zentrum der ganzen inhaltlichen Auseinandersetzung vor allem zwei, in verschiedenster Weise variierte Gegenpositionen. Die Gewerkschaftsbewegung untersteicht, daß dies die zentrale Forderung im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit ist. Die Kapitalisten entgegnen dem, das Gegenteil sei der Fall, die extreme Kostenbelastung für ihre Kassen ziehe weitere Entlassungen nach sich, ja, Kleinbetriebe und Betriebe aus bestimmten Krisenbranchen seien dadurch massenhaft in ihrer Existenz bedroht, Pleiteserien und verschärfte Arbeitslosigkeit seien die Folgen, ebenso wie mangelnde „Konkurrenzfähigkeit“ der westdeutschen Wirtschaft. (4)

Beide Positionen werden,

wie gesagt, variiert und auch ergänzt, aber im Kern stehen sie sich so gegenüber.

Da bei dieser ganzen Auseinandersetzung jede Menge von Rechnungen und Gegenrechnungen aufgemacht werden, die in ihrer Vielfalt verwirrend sind (und es von Kapitalistenseite aus sicher auch sein sollen), muß man sich grundsätzlich mit den Fragen der Rationalisierung, der Arbeitszeitverkürzung und ihrer Auswirkung auf die Schaffung von Profit (bzw. Mehrwert) befassen, auf dem Hintergrund der in den letzten Jahren erfolgten realen Entwicklung in der BRD.

Ohne Zweifel sind bei der heutigen Auseinandersetzung verschiedene besondere Aspekte zu sehen, die zu einem echten Verständnis der Ausgangspositionen genannt werden müssen.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise des westdeutschen Kapitalismus zeichnet sich unter anderem dadurch aus, daß schon zu Beginn des erneuten Niedergangs 1980 fast ebenso viele Menschen arbeitslos waren wie im Zyklus zuvor am Tiefpunkt. Ebenso waren die Kassen der Sozialversicherungen im Gegensatz zu früheren Zeiten bereits am Beginn der Krise leer. Beides ist entscheidend mitverantwortlich dafür, daß die soziale Sicherung gegen Arbeitslosigkeit immer weiter abgebaut wurde und weiter abgebaut werden soll, während die Zahl der Arbeitslosen stetig wuchs und die Frage der Arbeitszeit von der IG Metall im Stahlarbeiterstreik 1978/79 auf fünf Jahre festgeschrieben wurde.

Im Nachhinein erweist sich so nochmals deutlich, wie berechtigt die damalige Kritik an diesem Abschluß war, der keineswegs einen erträglichen Kompromiß darstellte, sondern erst einmal eine wichtige Niederlage.

Rein rechnerisch, das ist klar, würde die 35-Stunden-Woche bedeuten, daß jeder (einmal die Gesamtwirtschaft vorausgesetzt) ein Achtel weniger arbeitet, also auch, auf die Zahl der gesamten Lohnabhängigen berechnet, ein Achtel der Gesamtzahl mehr Arbeitsplätze da sein müßten, sprich 2,8 Millionen. Würde also so, gesamtwirtschaftlich gerechnet und voll der Ausgleich geleistet, ergäben sich zusätzliche Lohnkosten für die Kapitalisten von 12,5 Prozent, ebenfalls ein Durchschnittslohn vorausgesetzt.

Und wenn man schon so, relativ abstrakt, rechnet, dann muß man aber auch gleich, bereits auf dieser Ebene einem dieser berüchtigten sozialpartnerschaftlichen Argumente einzelner Gewerkschaftsführungen begegnen. Der Aussage nämlich, so schlimm sei das alles gar nicht, auch nicht für die Unternehmer, die ja von einzelnen sogar so weit strapaziert wird, daß sie bis zum Purzelbaum gehen und verdeutlichen wollen, daß die Verkürzung der Wochenarbeitszeit im Endeffekt eigentlich selbst den Unternehmern nutzen würde, nur würden es diese nicht einsehen. Selbstverständlich entstehen für die Kapitalisten dadurch große, erhebliche Kosten, die sich nicht wegdividieren lassen. Auch eine gesamtgesellschaftliche Rechnung als Argument für diese Haltung zieht da nicht, denn die Kosten für Arbeitslosigkeit beispielsweise tragen ja nun keinesfalls die Kapitalisten alleine, wohl aber müßten sie für die 35-Stunden-Woche alleine tragen. Dabei gibt es hier in den Reihen des DGB, ähnlich wie im gesamten gewerkschaftspolitischen Raum, drei unterschied-

liche Standpunkte. Zum einen jene, die die Verkürzung der Wochenarbeitszeit erst gar nicht aufs Tapet bringen, weil sie über die Frührente, die eben nicht im Tabukatalog der Kapitalisten steht, eine gütliche Einigung erzielen wollen. Dann jene, wie etwa die IGM-Führung, die gleich, in jeder Rechnung, die Hälfte der durch Verkürzung nicht gemachten Arbeit wieder der Rationalisierung „gutschreiben“ und deshalb stets mit einer Kostenbelastung von 6,25 Prozent für die Unternehmer argumentieren. Aber auch beispielsweise bei der IG Drupa, die sozusagen den radikalen Flügel in diesem Spektrum darstellt, gibt es eine Fortsetzung einer solchen sozialpartnerschaftlichen Argumentation, denn gerade sie macht ja immer am häufigsten diesen Vergleich mit den gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit. (5)

Tatsache aber ist erstens, daß die Kapitalisten natürlich sehr wohl bezahlen können. Zu Recht betont die IG Drupa, daß sich das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den 20 Jahren bis 1980 auf sage und schreibe 284 Milliarden Mark jährlich nahezu vervierfacht habe. (6) Das ist eine der Grundlagen für dieses „Bezahlenkönnen“. Bezahlen können heißt natürlich, indem ihre Profite verkürzt werden, beschnitten, indem sie Verluste erleiden.

Und was jene Branchen und Betriebe betrifft, die das vielleicht aus eigener Kraft nicht können — ohne jetzt darum zu debattieren, wie viele das denn nun sein mögen, stets jammern die Freiberufler jedenfalls gehören in der Regel nicht dazu, Autowerkstätten sicher auch nicht, wenn man sich den jüngsten Streik im Kfz-Handwerk Niedersachsen anguckt und die dort genannten Zahlen (die Reihe ließe sich ergänzen) —, so soll hier gesagt werden: ihr Problem. Wenn Aussperrung war, beispielsweise, gab es noch immer eine Kasse, in die die „Großen“ einbezahlt, damit die „Front“ stand — sollen sie es nun auch tun. Sicher aber ist es so, daß dies eine Forderung ist, im allgemeinen zumindest, die sich gegen die gesamte Kapitalistenklasse richtet, keineswegs nur gegen die Monopole oder ähnliches.

Es ist ja zweitens eine Tatsache, daß die westdeutschen Kapitalisten Unsummen Geldes im Ausland investieren, daß sie immer mehr dazu übergehen, sich als Leihkapitalisten zu betätigen usw. usf. — Alles dies geschieht, weil es durch solche Maßnahmen für das Kapital größere Verwertungschancen gibt als bei einer Investition hier im Lande. Dieser ureigenste kapitalistische Drang nach Mehrwert und Profit war es ja auch, der zu den immer neuen Rationalisierungswellen geführt hat, den ständigen technischen Revolutionen, wie sie Marx nannte, die immer mehr Kapital in die Beschaffung von Maschinen, einschließlich Computern und Robots fließen ließ, was unter kapitalistischen Bedingungen eben dazu führt, daß eine immer stärkere Ausdehnung der industriellen Produktion notwendig wird, um die Beschäftigung auf einem gleichen Stand zu halten, eine Ausdehnung, die auf Grenzen stößt.

Es ist also alleine ihre Wirtschaftsweise, die kapitalistische Organisation der Produktion, die dazu geführt hat, daß dieses Heer von Arbeitslosen entsteht und erst mit der Beseitigung dieses Systems wird auch die Arbeitslosigkeit beseitigt werden können. Man muß dazu festhalten, daß unsere

Partei, die früher stets die Lösung vertrat, „Arbeitslosigkeit — Grundübel des Kapitalismus“ mit dieser Aussage ja vollkommen recht hatte und hat (und dies auch wieder deutlicher machen muß), daß der Fehler nur war, deshalb auf konkrete, aktuelle Forderungen im Kampf gegen die Auswirkung und den Umfang dieses Grund Übels zu verzichten. Und die heute zentrale dieser aktuellen Forderungen ist nun einmal die genannte Verkürzung der Wochenarbeitszeit, der 7-Stunden-Tag.

Denn jeder rechnerische oder auch konkrete Vergleich mit den anderen Vorschlägen zur sogenannten „Entlastung des Arbeitsmarktes“ zeigt sehr deutlich, daß es allein dieser Weg ist, mit dem tatsächlich ernsthaft die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zunächst einmal eingedämmt werden können — natürlich nur, was ihre Auswirkungen auf die Arbeiterklasse und alle Werktätigen betrifft.

Bleibt zusammenfassend zu sagen, daß die Forderung nach 35 Stunden natürlich nicht Ausgangspunkt einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Lage ist, Antrieb für eine neue Rationalisierungswelle usw., sondern zunächst einmal nur eines: Die Antwort der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung auf die bisherige Entwicklung der kapitalistischen Krise und auch der durch sie hervorgerufenen Veränderungen im Produktionsprozeß. So ist aber oft genug die Debatte um diese Forderung nicht geführt worden, wie es überhaupt einer ganzen Reihe von kritischen Bemerkungen zur bisherigen Vorbereitung dieses Kampfes bedarf.

Die Vorbereitung des Kampfes und die heutige Ausgangslage

Viel wäre da zu nennen, doch ich denke, wir sollten mit uns selbst beginnen, nicht etwa weil dies in der Breitenwirkung besonders wichtig wäre, sondern sozusagen der Ehrlichkeit halber. Eingangs hatte ich gesagt, daß unsere Partei schon lange unterstrich, wie wichtig dieser Kampf sein würde. Hat sie dementsprechend gehandelt? Ich glaube nicht. Sicher mag es viele Aktivitäten der Betriebszellen, Parteigenossen, die Gewerkschaftsfunktionäre sind, usw. gegeben haben, aber es gab nicht die konzentrierte Anstrengung der gesamten Partei, auch nicht breiter Teile der Partei. Der V. Parteitag hat hier die nötigen Korrekturen angebracht.

Was die Mobilisierungsarbeit der IG Metall vor allem betrifft, die ja nun mit Sicherheit die entscheidende Organisation für diesen Kampf ist, so kann man nicht sagen, daß sie angesichts der breiten Gegenoffensive des Kapital ausreichend wäre. Wir haben im „Roten Morgen“ damals einen kritischen Artikel gehabt, als der Aktionskalender im „Gewerkschafter“ veröffentlicht worden war. Ein kritischer Artikel nicht aus Prinzip, sondern einfach, weil gemeint war, daß diese dort vorgesehenen Maßnahmen und ihre Abläufe nicht ausreichend seien. Nicht, daß es keine Anstrengungen gegeben hätte. Die

Umfrage zum Beispiel ist keine schlechte Methode. Wer dies aus Prinzip kritisiert, wie es kürzlich die MLPD tat, der beweist eigentlich nur, daß er mit seinen schematischen Vorstellungen weiter zu arbeiten gedenkt, unbeleckt von dem, was wirklich los ist. Aber gerade weil man realistischere feststellen muß, daß die Gegenpropaganda wirkt, daß die ideologische Beeinflussung sich auswirkt, daß es eben keineswegs so ist, daß in allen Betrieben die Massen kampfbereit stehen, während die Führung nur abwiegelt, gerade deshalb muß man die Vorbereitung trotz aller Neuigkeiten, obwohl sie umfassender war als sonst, als ungenügend kritisieren. Und es ist ja auch nicht nur die Frage der konkreten Maßnahmen, die getroffen werden — in zahlreichen Verwaltungsstellen von IGM und IG Drupa vor allem wird da inzwischen viel getan — sondern auch eine Frage der politischen Vorbereitung.

Und dabei spielt natürlich die jüngste regelrechte Serie von Gewerkschaftstagen eine wichtige Rolle. Da gab es ja auf dem Gewerkschaftstag von der IG Drupa eine andere Entscheidung als auf dem der IGM. In der Frage eines zusätzlichen Tarifabkommens zum Rationalisierungsschutz beispielsweise. Es soll hier gar nicht so sehr darüber gesprochen werden, was wie taktisch richtig ist. Der IG-Drupa-Kongreß hat einen Rationalisierungsschutz in Ergänzung zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche beschlossen, der Kongreß der IG Metall hat einen entsprechenden Antrag aus dem Bezirk Stuttgart abgelehnt — der seitherige Bezirkssekretär Franz Steinkühler hat sich dabei übrigens geweigert, für den Stuttgarter Antrag zu sprechen. (7)

Dagegen wurde auf dem IGM-Kongreß viel über die Überstundenregelung diskutiert und dies ist ja auch wichtig. Der kürzliche Beschluß der Bremer Vertreterversammlung der IG Metall, den wir auch im „Roten Morgen“ veröffentlichten, zeigte da meines Erachtens schon an, daß hier ein echtes Mobilisierungsfeld besteht. Denn so, wie es auf der einen Seite ja nicht ganz von der Hand zu weisen ist, wenn gesagt wird, man kann nicht alles fordern, so muß man doch im Grundsätzlichen klar machen, daß es darum geht, die immer mehr steigende Arbeitshetze auf verschiedenste Weise zu bekämpfen und klar zu machen, daß der 7-Stunden-Tag (als Regel) nicht durchlöchert werden darf.

Denn es ist durchaus als eine Schwäche der bisherigen Debatte zu nennen, wenn auch keine entscheidende, daß allzusehr nur auf die Frage nach der Schaffung neuer Arbeitsplätze geantwortet wurde. Sicher ist dies das Wichtigste und aktuell erst recht. Es ist aber auch eine Frage der Arbeitshetze, der sogenannten Leistungsverdrängung, eine Frage, wie der Tatsache zu begegnen ist, daß immer mehr Frührentner existieren, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß.

Dies würde auch klarmachen, daß es eben nicht richtig ist, die 35-Stunden-Woche nur dann zu fordern, wenn dies und jenes und das auch noch gefordert oder gesichert ist. Das kommt dann manches Mal fast so heraus, als ob es schon eher falsch wäre, diese Forderung, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu erheben, obwohl das dann keiner so sagen mag. Ein in die Richtung gehender kurzer Artikel in der Zeitschrift „Revier“ vom Dezember macht das meiner

Meinung nach klar — nicht in dem Sinne, daß dort geschlossen wird, man müsse diese Forderung ablehnen, aber schon so, daß eine solche Überlegung nicht zurückgewiesen wird. Und diese Zweifel zur zentralen Frage zu machen, scheint mir die Haltung zu sein, die eben nicht nur aus taktischen (oder genauer: gewerkschaftstaktischen) Gründen falsch ist, sondern auch und gerade von der Sache her. Bestehen tun solche Auffassungen aber durchaus bei vielen Linken und — nicht auszuschließen — auch bei uns.

Alles dies trägt sicher nicht mit dazu bei, die Entschlossenheit, die Kampfkraft zu heben. Wenn vorne gesagt wurde, daß nicht in allen Betrieben die Massen kampfbereit stehen, so darf man sich dadurch natürlich nicht täuschen lassen. Alle Erfahrungen bisheriger Tarifauseinandersetzungen weisen doch daraufhin, daß die Kollegen in der Regel in der Debatte ihre Bedenken einbringen und dann aber denjenigen, der sich davon maßlos beeindruckt läßt, durch ihr Verhalten in der „Stimmkabine“ bei Urabstimmungen in der Regel ebenso maßlos überraschen.

Sicher gibt es da in den Krisenbranchen, wie beim Stahl, größere Schwierigkeiten, echt zu mobilisieren, aber bestimmt nicht in dem Sinne, daß an der Kampfbereitschaft der Kampf scheitert. Da stehen schon verschiedene taktische Erfahrungen mit der Art und Weise der Streikorganisation durch die IGM-Führung weiter oben in der Rangliste möglicher Ursachen für eine Niederlage. Was man aber noch sehen wird. Heute kommt es mit Sicherheit auf etwas anderes an: nach Kräften zur Mobilisierung für diesen Kampf beizutragen, für seinen Erfolg zu kämpfen. Aber wie?

Die Aufgaben der KPD

Natürlich kann man zuerst aus dem bisher Gesagten die allgemeineren politischen Aufgaben herausarbeiten, die vor der gesamten Partei stehen. Dazu muß man zunächst noch einmal unterstreichen, daß dieser Kampf mit Sicherheit für die ganze Partei die wichtigste Aufgabe in ihrer gesamten Tätigkeit sein wird, was sich aus der politischen Einschätzung der Bedeutung des Kampfes ableitet.

Es geht in erster Linie darum, den Sinn und Nutzen der 35-Stunden-Woche überall klar zu machen, diese Forderung überall zu unterstützen, in der gesamten „öffentlichen Meinung“ durch eine intensive Propagandakampagne. Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich dementsprechend zu arbeiten. Dabei muß die Partei klarmachen, so breit wie es ihr eben möglich ist, daß es dieser Weg ist, die Kapitalisten am Wickel zu nehmen, der weitere Verarmung verhindert, daß es dabei eben keine gemeinsamen Interessen mit dem Kapital gibt, sondern nur den Kampf zwischen den gegensätzlichen Klasseninteressen der Kapitalisten und der Arbeiter. Das muß der zentrale Schwerpunkt der politischen Arbeit sein, das muß im Zusammenhang mit dem vorne Gesagten über die Politik der „Wende“ klargemacht werden.

Sicher muß es für die Partei, für ihre kommunistischen Ziele, auch darum gehen, deutlich zu

machen, daß, wie gesagt, die Arbeitslosigkeit eben ein Grundübel des kapitalistischen Systems ist, klarzumachen, wie sich in einer sozialistischen Wirtschaft die technischen Neuerungen eben nicht gegen sondern für die Belegschaften auswirken würden und auf diesem Weg eine konkrete Propaganda für den Sozialismus verbreiten. Dies sind, im Groben, die politischen Inhalte der vor uns stehenden Arbeit. Wobei dies natürlich für die einzelnen Bereiche der Parteiarbeit, für die einzelnen Genossen durchaus unterschiedlich aussieht.

Natürlich kommt es für die Betriebszellen, für die Genossen in den Betrieben darauf an, alles was an Positivem von gewerkschaftlicher Seite aus läuft, kräftig zu unterstützen. Es kommt aber auch darauf an, aktiv zu werden für alle jene Möglichkeiten, die dazu dienen können, wirklich Teile der Belegschaften zu mobilisieren. Sicher erscheint es da zunächst einmal wichtig, dafür einzutreten, daß im Betrieb die Frage der Überstunden gestellt wird. Ebenso muß man darauf drängen, daß vom Vertrauensleutkörper aus Informationsveranstaltungen und Arbeitskreise organisiert werden, die sich der Diskussion dieser Frage widmen, daß in diesem Zusammenhang und in den Betriebsräten Fragen der konkreten Rationalisierungsschutzes ausgearbeitet werden. Gerade bei diesen ganzen Maßnahmen, die ja durchaus dem entsprechen, was unsere Partei als „RGO-Taktik“ versteht, ist es möglich und nötig sein, auch die RGO-Kollegen dafür zu mobilisieren, Versäumnisse in diesem Bereich nachzuholen. Und schließlich dürfte es ja wohl kein Geheimnis sein, daß auch und gerade solche Fragen im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen aufgeworfen werden, also betrieblicher Rationalisierungsschutz und Konkretisierung der 35-Stunden-Woche. Inwieweit solche Vorschläge, wie sie auf der Frankfurter Metallarbeiterkonferenz gemacht wurden, also „Arbeitszeitverkürzung von unten“ durchzuexerzieren, sinnvoll sind, das müßte nach betrieblichen Gegebenheiten beurteilt werden. Dies sind Aufgaben, wie sie über die Betriebszellen und Betriebsaufbauzellen der Partei hinaus auch für jene Genossen der Partei stehen, die als einzelne im Betrieb arbeiten usw. im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Für die Stadtteilzellen der Partei stellt sich diese Aufgabe natürlich anders, nicht so, daß sie jetzt alles andere stehen und liegen lassen und sich überlegen, wie sie auf die Dinge im Betrieb Einfluß nehmen können, was ja im besten Fall nur begrenzt möglich wäre. Sicher muß man sich hier darauf einstellen, sich an der breiten Propagandakampagne unter allen Schichten der Bevölkerung zu beteiligen, schließlich ist ja auch die Arbeit vieler Stadtteilzellen auf solche Stadtteile ausgerichtet, die überwiegend von Arbeitern bewohnt werden. Aber auch die Arbeit unter anderen Schichten ist hier wichtig, denn dieser Kampf braucht dringend eine positive Unterstützung in der Öffentlichkeit. Selbstverständlich sollten dazu auch Parteiveranstaltungen organisiert werden, Treffs usw. Auch die Möglichkeit von Aktionseinheiten, weniger im Sinne für die ganze Kampagne als mehr demonstrativer Natur, muß beachtet werden. Ganz wichtig aber ist es, daß die Genossen, die in den

verschiedensten Massenorganisationen oder Initiativen arbeiten, egal welchem Problem diese hauptsächlich gewidmet sind, versuchen, darauf hinzuwirken, daß auch diese Gruppierungen sich öffentlich und positiv für diesen Kampf erklären, ihn so unterstützen. Denn wenn alle, und gerade die Friedensbewegung beispielsweise, stets die Unterstützung der Arbeiter haben wollen, so wird man diese nur bekommen, wenn man auch sie unterstützt. Außerdem gibt es noch zahlreiche Möglichkeiten auch diesseits großer Pläne, die nur geschmiedet werden, um nicht verwirklicht zu werden. Es gibt — als Beispiel — die Möglichkeit, fortschrittliche Ärzte zu einer Veranstaltung über die gesundheitlichen Folgen der Rationalisierung zu gewinnen, um daraus die Berechtigung der Forderung abzuleiten. Es gibt die Notwendigkeit, diese Frage auch im Zusammenhang mit der Schürung der Ausländerfeindlichkeit durch die Reaktion zu behandeln, auch für ausländische Kollegen selbst, denn einer der Arbeit hat, ist sicherer vor Abschiebung usw. usf.

Das ist aber nur das eine. Das andere ist, daß, ausgehend von der eingangs betonten Bedeutung dieses Kampfes insgesamt gegen die Wende, auch deutlich werden muß, daß die vorne erwähnte große Niederlage der Gewerkschaftsbewegung, auch ein Desaster für alle anderen Bewegungen und Bestrebungen fortschrittlicher Art wäre.

Und falls sich erneut die Frage der Aussperrung stellen sollte, was nun wirklich nicht ausgeschlossen werden kann, so wird es sicherlich zusätzlich eine wichtige politische Aufgabe gerade in diesem Bereich sein, das demokratische Recht Streik zu verteidigen. Dann wäre es sehr wünschenswert, daß hier die Mitglieder der Volksfront aktiv werden, als auch, daß mit Schwergewicht in den verschiedenen antifaschistischen Initiativen, für eine rege Aktivität gegen die Aussperrung, für das Streikrecht eingetreten wird.

Wenn die Partei so, umfassend und nach Kräften intensiv, zu erhöhtem Einsatz bereit, hier politisch und auch organisatorisch arbeitet, dann kann sie nicht nur ihren eigenen — bescheidenen — Beitrag zu einem erfolgreichen Kampf leisten, sondern auch, durch ihre Propaganda und ihr Eintreten für die Sache, für die Ziele des Kommunismus werben.

Anmerkungen

- (1) Manuskript eines Interviews mit dem Deutschlandfunk
- (2) Stellungnahme des bayerischen Metallindustriellenverbandes zur Forderung der bayerischen Tarifkommission der IGM
- (3) Siehe dazu: „Roter Morgen“ 48/83, Blums Trick
- (4) Das gilt speziell für Stahl und Werften sowie Handwerksbetriebe, wobei man natürlich bei den beiden ersten Branchen die da herausgezogenen Zinsgewinne der Großbanken ins Spiel bringen muß.
- (5) So auch in der Sonderausgabe der IG-Drupa-Zeitung zu diesem Thema; ein ziemlich deutlicher Fall davon, daß auch jener dritte Flügel innerhalb der DGB-Führungen, der Kritik an der Sozialpartnerschaft offen übt, in der Praxis (und dabei nicht nur in der Art und Weise, wie sie selbst Streiks organisieren, sondern auch in der politischen Argumentation) immer wieder darin zurückfallen.
- (6) Siehe Sonderausgabe der IG Drupa
- (7) Protokoll des 14. Gewerkschaftstages der IGM, Seite 550

Einige Fragen zum Diskussionsbeitrag der KPD

Volksfront: Gegen wen, mit wem, wofür und auf welcher Grundlage?

Mit diesem Beitrag des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) wird die nach einem gemeinsamen Beschluß von KPD und BWK vor einigen Monaten im „Roten Morgen“ begonnene öffentliche Diskussion zwischen Organisationen, die die Arbeit der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg unterstützen, fortgesetzt.

Eine Stellungnahme unserer Partei zu diesem Beitrag, der sich mit Positionen der KPD auseinandersetzt, bringen wir Anfang nächsten Jahres.

Im Rahmen dieser Diskussion steht der „Rote Morgen“ auch anderen Interessenten zur Verfügung. Außer BWK und KPD hat sich bisher die Freie Arbeiterunion (FAU) daran beteiligt.

Durch diese Diskussionen wird nicht die Politik der Volksfront entschieden. Die Volksfront als Organisation, der viel mehr Mitglieder angehören als die der genannten Organisationen, als weltanschaulich und parteipolitisch unabhängige Organisation bestimmt ihre Politik selbst und steht allen antifaschistischen Kräften offen. Die Beiträge der „Roter-Morgen“-Diskussion ermöglichen jedem Interessierten und allen Volksfront-Mitgliedern einen Einblick — und, wenn man so will, auch eine Kontrolle — der Positionen und Absichten von politisch weitergehend orientierten und organisierten Kräften, die durch einen Teil ihrer im antifaschistischen Kampf aktiven Mitglieder Einfluß auf die Volksfront nehmen. Redaktion Roter Morgen

1. Gegen wen, mit wem, wofür und auf welcher Grundlage?

Auf diese vier schlichten aber notwendigen Fragen nach der Zweckbestimmung einer Einheitsfrontorganisation versuchen die Diskussionsbeiträge von KPD, FAU und BWK Antworten zu geben.

Der Diskussionsbeitrag der KPD behandelt dabei zunächst Beweggründe für den Aufbau der Volksfront. Daraus schließt sich der Beitrag, daß die Arbeit der Volksfront fortgesetzt werden muß. Das ist auch der Standpunkt der Diskussionsbeiträge von FAU und BWK.

Auf die Frage wie denn die Arbeit der Volksfront fortgesetzt werden soll, antwortet die KPD: so wie bisher, nur intensiver und besser. Die Begründung dafür ist, möglicherweise hier etwas verkürzt wiedergegeben, weil damals bei der Gründung der Volksfront Strauß und die ihn fördernden Kreise des Finanzkapitals nach der Regierungsübernahme, bzw. -beteiligung griffen und heute auch, weil damals und heute unter der Flagge „Strauß nach Bonn“ die Reaktion einen Übergang zu offeneren und direkteren Formen ihrer Herrschaftsausübung propagiert.

Zwei Dinge fallen an dieser Position — gemessen an den eingangs genannten vier Fragen — auf:

Erstens ist sie so richtig im Grundsätzlichen wie unklar im Einzelnen, dazu später. Zweitens und vor allem aber ist sie eine unverständlich schwache Antwort auf die doch reichlich starken Einwände gegen die Arbeit der Volksfront, die bekanntlich bis zu Forderungen nach der Auflösung der Volksfront gehen.

Jede einigermaßen nüchterne Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Arbeit der Volksfront und der Debatte über ihre Praxis und Ziele im Rahmen der Vorbereitung des Volksfrontkongresses kommt doch zu dem Ergebnis: Die Volksfront führt eine Auseinandersetzung um ihre Existenzberechtigung, besser gesagt, ihren Existenzwillen im Kampf gegen die Reaktion. Die weitreichendsten Einwände gegen ihre Grundlagen, ihre Ziele und ihre Arbeit versuchen also eine geänderte Antwort zu geben auf die Fragen: auf welcher Grundlage? — wofür? und mit wem? Diese Einwände vertreten kurz gefaßt den Standpunkt, daß die Volksfront überflüssig sei neben den bestehenden Initiativen, Stadtteilgruppen, Bewegungen und wohl auch neben der Partei der Sozialdemokratie oder daß sie zumindest hinderlich sei bei der Ver-

bindung mit ihnen. Wenn diese Einwände erhoben werden — und sie werden erhoben und zwar keinesfalls vor allem von Nicht-Mitgliedern kommunistischer Organisationen — dann ist doch der alleinige Hinweis auf die Verschärfung der Reaktion, also auf die Existenz des bzw. eines Gegners gar kein stichhaltiges Argument gegen diese Kritik an der Volksfront.

Bisher jedenfalls behauptet ja niemand, daß die Volksfront eingestellt oder auf geänderte Grundlagen aufgestellt, bzw. -gelöst werden müßte, weil Strauß, die Reaktion, die Faschisten nicht existieren.

Nicht wenige aber behaupten, daß die Volksfront, so wie ihre Arbeit gegründet und geplant wurde, ein Hindernis sei im Kampf „gegen rechts“, gegen die Reaktion, gegen den Krieg, weil sie angeblich den Weg zu den vermeintlichen Hauptkräften dieses Kampfes — der Friedensbewegung des Pazifismus, der Ökologiebewegung des Umweltschutzes und deren sozialdemokratischen Bündnispartnern — versperren würde. Die Logik dieser Einwände ist, da die Bewegungen der neuen Mittelklasse die bewegenden „Hauptkräfte“ der gegenwärtigen Entwicklung überhaupt sind, ist jede programmatische Differenz zu ihnen sowieso ein Fehler.

Immerhin handelt es sich hier um eine öffentlich bedeutsame Position. Sie wird schließlich von vielen Tausenden vertreten, und sie hat ja wohl auch den einen oder anderen Alltagsaugenschein für sich. Diese Position hat auch ihren parteipolitischen und organisatorischen Standort, nämlich die Grüne Partei. Die Grünen wiederum sind eine fortschrittliche Partei der neuen Mittelklasse, deren Bündnis mit den Bewegungen, Strömungen und Parteien der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die Volksfront schließlich befördern muß, wenn sie ihren Aufgaben gerecht werden will. Warum also setzt sich die KPD mit diesen Einwänden gegen Grundlagen, Ziele und Arbeit der Volksfront nicht auseinander, wo sie ihr doch bekannt sein müßten und einer wissenschaftlichen Klärung doch allemal zugänglich sind?

Weiter: Diese Einwände gegen die Volksfront machen schließlich Gründe, wenn nicht gar „Beweise“ geltend, nämlich den angeblich ausgebliebenen „Erfolg“ der Volksfront. Was immer man auch unter „Erfolg“ verstehen mag — von selbst versteht er sich jedenfalls nicht — viele sind unzufrieden, weil sie sich, aus und mit welchen Gründen auch immer, etwas anderes vorgestellt haben als das bisherige Ergebnis ihrer Arbeit. Also liegt hier doch ganz offensichtlich ein Problem vor, das auch offen erörtert werden

sollte. Diesem Problem auszuweichen und stattdessen unter der Hand den Weg zu diffusen „Grundlagenänderungsdiskussionen“ offen zu lassen, befördert doch nur verdeckte Auflösungsmaßnahmen ohne die dazu erforderliche Urabstimmung — was ja eigentlich auch niemand will.

Dazu also im folgenden einige Anmerkungen, soweit sie sich aus dem Diskussionsbeitrag der KPD aufdrängen. Vorweg, was hat es mit dem „Erfolg“ auf sich?

2. Die Sache mit dem „Erfolg“

Zuallererst muß man feststellen, daß eine wesentliche Verantwortung dafür, daß die Volksfront keine schnelleren Fortschritte gemacht hat, als sie immerhin gemacht hat, auch bei all denjenigen Organisationen liegt, die ihren Aufbau nicht von Anfang an unterstützt haben. Der damalige KBW hat die Gründung der Volksfront nicht unterstützt. Die Mitglieder des damaligen KBW, die heute den BWK bilden, haben dies nach der Gründung des BWK durch die Unterstützung der Volksfront korrigiert. (1)

Die heutigen Debatten über Gründung und Anfangsphase der Volksfront zeigen aber auch, daß damals unzweifelhaft falsche Erfolgskriterien aufgestellt wurden, die heute erneut zu klären sind. Das wird deutlich, wenn von Mitgliedern der Volksfront die Wahlergebnisse der Volksfront von 1980 — kurz nach der Gründung der Volksfront und zur gleichen Zeit mit der Erstkandidatur der Grünen bei den Bundestagswahlen — als schlecht bezeichnet werden. Wenn man diese ersten Wahlergebnisse kurz nach der Gründung und parallel mit dem Fortschritt des Parteibildungsprozesses der Grünen als „schlecht“ bezeichnet, dann doch offensichtlich, weil man glaubt, ein eindeutiges Volksfrontprogramm gegen die Reaktion müßte und könnte im ersten Anlauf vergleichbar viel spontanen Zulauf bekommen wie das Programm des Pazifismus oder das der Grünen. Dem ist aber nicht so, und dem war auch nie so, sonst wäre die Geschichte des deutschen und westdeutschen Imperialismus nicht verlaufen, wie sie verlaufen ist.

Noch dazu wird bei dem stillschweigenden Vergleich mit den Grünen und der Friedensbewegung übersehen, daß die Volksfront nicht einfach der Vertreter einer einzelnen sozialen Klasse oder Schicht ist wie die Grünen, sondern ein Bündnisprogramm vertritt und zweitens, daß dieses Bündnisprogramm einen eindeutigen, bewußten und durchgängigen Trennungsstrich zur Reaktion

zieht und nicht nur Einwände gegen bestimmte Mittel ihrer Politik erhebt, wie der Pazifismus der Friedensbewegung.

Heute sollten wir deshalb besser falsche Erfolgskriterien mit richtigen Grundsätzen korrigieren, statt falsche Erfolgskriterien zum Grundsatzprogramm zu erheben.

Im weiteren Verlauf ihrer Arbeit hat die Volksfront sodann zu wenig Gewicht darauf gelegt, zu klären, was ihr besonderer Beitrag ist zu dem, was viele wollen — Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg — und sich stattdessen häufig damit begnügt zu bekräftigen, was viele sowieso vertreten. Das ist zwar wichtig, genügt aber nicht für eine eigenständige Organisation. Wie soll nach dieser Methode die Volksfront einen Beitrag zu einer fortschrittlichen Entwicklung der Friedensbewegung leisten? Wie will sie nach dieser Methode verhindern, daß sie in Auflösungstendenzen dieser Bewegung trudelt, statt Orientierungen für die Fortsetzung ihres Kampfes zu geben?

Statt deshalb öffentlichen Vorurteilen im Kampf gegen die Reaktion auf der Grundlage ihres Programms kritisch entgegenzutreten, unterschiebt sie nicht selten in der laufenden Arbeit ihr Programm unkritisch diesen Vorurteilen. Beispiele: Die tendenzielle Bekräftigung statt Entkräftung des Vorurteils von der „Abhängigkeit“ des BRD-Imperialismus (des zweitgrößten NATO-Imperialisten) von der USA (dem erstgrößten NATO-Imperialisten). Oder: Die tendenzielle Bekräftigung statt Entkräftung des Nationalismus von Teilen der Linken und der Friedensbewegung nach dem Motto „ein bißchen Nationalismus“ sei gut für die „Verbreiterung“, nur dürfe man es nicht übertreiben. Man muß schon ganz klar und deutlich sagen, unkritische Haltung zum Nationalismus in einer antifaschistischen Organisation ist eine historische Verantwortungslosigkeit allerersten Grades. Verbunden mit dem peinlichen „Verbreiterungsargument“ („schwäche den Gegner, indem du ihn überflüssig machst“), grenzen solche Ideen mit Verlaub gesagt an historischen Zynismus.

Gerade diese beiden Punkte wurden auch in dem Beitrag der FAU ausführlich kritisiert.

Genau solche Fehler wären aber in ihrer konsequenten Verfolgung der sichere Weg, wie sich eine Einheitsfrontorganisation selbst überflüssig machen würde, zum eigenen Schaden und zum Nutzen des Gegners. Einen Schatten genau dieser Gefahr wirft doch auch die gegenwärtige verquere Diskussionsgrundlage auf die Arbeit der Volksfront. Nicht mehr ist die bewegende Frage, in welcher Lage befindet sich die Bewe-

gung gegen den imperialistischen Krieg und für Frieden, die demokratischen Positionen gegen staatliche Unterdrückung, die Gewerkschaftsbewegung? Was hat die Volksfront in Umsetzung ihres Programms zu deren Fortschritt und Einigung beigetragen? — sondern platt und einfach: Warum vertritt die Volksfront nicht, was „alle“ vertreten, und wenn sie das dann vertritt, wofür gibt es sie und ihre Organisation dann noch?

Diese Beurteilung mag unzureichend und fehlerhaft sein. Wenn sie aber auch nur zu ca. 40 Prozent zutrifft, dann geht die Aufmunterung der KPD — weiter wie bisher, nur besser — sicher zu 100 Prozent an der Sache vorbei.

Wenn die Dinge nun mal sind, wie sie sind, dann sollten wir klären, wie und warum sie so geworden sind, und was zu ändern ist.

Was also ist zu ändern?

Im Hinblick auf die notwendigen unmittelbaren Tätigkeiten der Volksfront haben wir dazu in unserem Diskussionsbeitrag eine Reihe von praktischen Vorschlägen gemacht, zu denen wir uns eigentlich eine etwas deutlichere — zustimmende oder kritische — Stellungnahme erwünscht hätten.

Kurz gefaßt beabsichtigen diese Vorschläge:

- Der Volksfrontkongreß muß Tätigkeiten festlegen, die klar umrissen, eindeutig und überprüfbar sind.
- Diese Tätigkeiten sollten vor allem umfassen:
 - gründliche Ausbildungsmaßnahmen, öffentliche Seminare und Veranstaltungen über den Faschismus und eine Politik der Reaktion heute,
 - gezielte Untersuchungen und Veröffentlichungen gegen bestimmte Maßnahmen und Propagandaeinrichtungen der Reaktion vor allem auf dem Gebiet der inneren Reaktion und der Kriegsvorbereitungen,
 - Verbesserung der Informations- und Nachrichtenflüsse in der Volksfront sowie zwischen der Volksfront und anderen antifaschistischen Organisationen über den Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg,
 - solide Vorbereitung von Aktionen gegen die Faschisten, was u.a. eine Kritik ihrer Programme und deren Übereinstimmung mit den Zielen und der Politik der Reaktion erfordert.
- Die Sachgebiete dieser Tätigkeiten sind durch die Beschlüsse der Volksfront umrissen und auch im Beitrag der KPD nochmals genannt: antifaschistischer Kampf und Kampf gegen die Politik der Reaktion, Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie, Kampf gegen die Ausländerpolitik der Reaktion.
- Organisatorische Fragen

wären — wie zweckmäßigerweise am besten immer — als Aufgaben- und Verantwortlichkeitsfestlegung zwecks Durchführung dieser Tätigkeiten gegen die Reaktion festzulegen.

Da nun aber, wie bekannt, die Einwände gegen Grundlagen, Ziele und Arbeit der Volksfront so weitgehend sind, daß sie sich gegen ihre gesamte Arbeit richten, ist also eine neuerliche Diskussion um die positive Begründung eben dieser Arbeit erforderlich.

Deshalb zurück zu den vier Fragen gegen wen, mit wem, wofür und auf welcher Grundlage, zu denen der Beitrag der KPD nur sehr teilweise Stellung bezieht.

3. Gegen wen?

Der Kampf der Volksfront richtet sich gegen Faschismus und Reaktion. Das wäre aber weiter zu präzisieren.

Wir haben in unserem Diskussionsbeitrag dazu eine Reihe von Fragen und Thesen aufgestellt. Wir hatten unterschieden zwischen faschistischer Ideologie, ihren Verbreitern und Vertretern; faschistischen Organisationen, ihren Mitgliedern und Förderern; dem Faschismus als Wirtschafts- und Staatsform. Was also meint die KPD, wenn sie von Strauß als dem Bindeglied zwischen heute und Faschismus spricht? Kann man davon ausgehen, daß neue Formen einer offenen und direkten Form der Diktatur der Bourgeoisie wie der Nationalsozialismus verlaufen werden? Welche Rolle spielt heute die FDGO — also die immerwährende, aber durch die Verschärfung der Politik der Reaktion rechtsförmig aktualisierten Grundwerte der Verfassung — bei der Konstruktion neuer Herrschaftsformen der Reaktion? Welchen strategischen Vorteil bietet der Reaktion eine Verfassung, die ja nicht nur die Gesellschaftsordnung verfaßt, sondern in Wirklichkeit die jeweilige vorherrschende Politik der Reaktion zum Verfassungsrang erhebt, und wie ist dem zu begegnen? Welche sozialen Kräfte und Gruppierungen sollen die soziale Basis solcher neuerlicher direkter Herrschaftsformen der Bourgeoisie abgeben und was ist gegen deren Herausbildung heute zu tun? Betrachtet die KPD diese und ähnliche Fragen als nicht-existent oder gelöst? Der Diskussionsbeitrag der KPD legt die Vermutung nahe, daß nicht, denn er wirft in der Beurteilung des aktuellen Faschismus mindestens so viele Fragen auf, wie er gestellte Fragen — siehe oben — offen läßt.

Zur Frage „gegen wen?“ kämpft die Volksfront gehört aber auch die Frage nach der

Beurteilung der Gegner und Konkurrenten des BRD-Imperialismus. Eines ist doch sicher, wenn die Volksfront anfangen würde, ihren Kampf gegen die westdeutsche Reaktion dem des BRD-Imperialismus gegen sein gegenwärtiges Hauptexpansionshindernis (die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Vertrages) und seinen Hauptkonkurrenten (die USA) unterzuordnen, dann würde sie dafür zwar keinen Anhaltspunkt in ihrem Programm finden, sich aber auf jeden Fall selbst erübrigen; denn solche Organisationen gibt es genug.

Der Beitrag der KPD erteilt solchen Versuchen — die mit dem Stocken der Friedensbewegung nach der Stationierung der Mittelstreckenraketen auf die Volksfront verstärkt einwirken werden — jedenfalls keine eindeutige und unmißverständliche Abfuhr. Einwände gegen Grundlagen und Ziele der Volksfront, die da lauten, mehr Kampf gegen die Sowjetunion und mehr Kritik an den USA — dementsprechend weniger bis gar keinen Kampf gegen den BRD-Imperialismus — finden im Beitrag der KPD zumindest keinen manifesten Widerspruch.

Wie etwa ist der Satz zu verstehen: „Ihr (der Volksfront, d. Verf.) politisches Ziel sollte es sein, über die Nachrüstung als Teil der NATO-Kriegspolitik hinaus deren Pläne und Absichten zu enthüllen und bekanntzumachen, insbesondere auch die Rolle und die Ziele

solche Formulierungen verwahren die erforderlichen klaren Konturen einer eindeutigen Antwort auf die Frage „gegen wen?“. gegen den BRD-Imperialismus, gegen die westdeutsche Reaktion unter Absage an alle nationalen und vaterländischen Bündeleien mit diesem Gegner.

Wer kennt nicht die schon fast rethorische Frage: „Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten“. Aber, an wen hat denn die Sozialdemokratie historisch verraten, als sie den Kriegskrediten für den 1. imperialistischen Weltkrieg und dann allem weiteren zustimmte? — Sie hat die Arbeiterinteressen an den Nationalismus verraten, bzw. schlicht und sachlich der Nation untergeordnet. Das alles selbstverständlich im wohlverstandenen Interesse für die Arbeiter und mit glühendem Pathos. (2) Und warum nannten die Faschisten in Deutschland ihre Partei „national-sozialistisch“? Weil genau der Nationalismus die Brücke ist, um antikapitalistische spontane Bestrebungen in ihr Gegenteil, den Nationalismus, Chauvinismus, nationalen Expansionismus zwecks angeblicher Besserung der sozialen Lage umzuwandeln. Muß man noch mehr historische Beispiele und Erfahrungen dafür heranziehen, daß ein erfolgreicher Versuch die Brücke des Nationalismus an den Rändern der Gegner der Reaktion anzulegen noch immer mit dem Vor-

worten, dann muß diese Antwort doch zweierlei Dinge behandeln:

- die Einigung, welche Klassen, Schichten und sozialen Gruppierungen gegen die westdeutsche Reaktion muß die Volksfront befördern und unterstützen,
- wie verhält sich sodann diese objektiv und historisch bestimmte Zielsetzung zu den gegenwärtig bestehenden Parteien, Strömungen, Ansichtsbildungen?

Den ersten Teil der Frage kann man nur aus objektiven, sozialen, statistisch und empirisch feststellbaren Tatsachen und aus den Erfahrungen der Geschichte des Klassenkampfes beantworten und nicht aus der akuten Stellungnahme dieser oder jener Stadtteilinitiative zu dieser oder jener Frage. Den zweiten Teil der Frage kann man dadurch nicht ersetzen.

Mit allen, die überhaupt irgend etwas aus der Geschichte gelernt haben, muß die Volksfront alle Bestrebungen unterstützen, die ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und alter und neuer Mittelklasse ermöglichen. (3) Nur ein solches Bündnis hat überhaupt Aussichten, den Vormarsch der Reaktion, ihre Sammlungsbewegung in den Reihen der Bourgeoisie, der Mittelklassen bis hin zu Teilen der Arbeiterklasse zu verhindern. Ein solches Bündnis kann sich außerdem nur parallel mit einem Einigungsprozeß innerhalb der jeweiligen Klassen

jeweiligen Theorien, Ideologien und Programmatik: innerhalb der Christen katholischer und protestantischer Prägung, der Pazifisten und der christlichen Pazifisten, der Sozialdemokraten, der Liberalen usw. Wie bekannt sind dabei die öffentlich am lautesten und vorherrschend vertretenen Positionen meist die rückschrittlichsten. Also, das, was nach Meinung der Amtskirchen ein Christenmensch von der herrschenden Ordnung zu halten hat, ist bekanntlich ein anderer Standpunkt als eine christlich begründete Stellungnahme gegen die reaktionären Verfechter der herrschenden Ordnung einschließlich ihrer Amtskirchen. Oder: Die Vorbedingungen, die die etablierten Sprecher der Friedensbewegung an eine Teilnahme an dieser Bewegung stellen — z. B. muß man die Verhältnisse in der BRD verteidigen gegenüber denen in der Sowjetunion halten, darf aber auf keinen Fall den Fehler des umgekehrten Standpunktes machen und soll auch nicht in der DKP sein — diese friedenspolitischen Vorbedingungen vertreten doch einen gänzlich anderen Standpunkt als etwa die Tradition des Linkspazifismus und Antimilitarismus. (4)

Angesichts der Aufgabe, hier die fortschrittlichen Positionen und Bestrebungen, die eine Einigung gegen die Reaktion befördern und ermöglichen, zu unterstützen und die rückschrittlichen zu kritisieren verblaßt doch die Formel der Offenheit für alle und alles zur Hilflosigkeit.

Natürlich braucht die Volksfront nicht vorrangig den Gottesglauben zu kritisieren, wenn der Christ sich davon nicht vom Kampf gegen die Reaktion abhalten läßt. Jeder hat ein Anrecht darauf, daß seine persönlichen religiösen Gefühle respektiert werden. Niemand aber — egal welchen Glaubens — hat ein Anrecht darauf, öffentlich und ungehindert dem Glauben an den Antikommunismus zu frönen und dieses eines der übelsten Spaltungsmittel der westdeutschen Reaktion ungehindert zu verbreiten. Tritt die Volksfront nicht eindeutig und öffentlich gegen die Glaubensapostel des Antikommunismus auf, so wird sie sich u. a. gerade von denjenigen Christen isolieren, wird sie abstoßen, die aus geschichtlicher Erfahrung heute erneut davor warnen, daß mit der Propaganda des Antikommunismus und Antibolschewismus bereits einmal die Spaltungspropaganda der Reaktion betrieben wurde, die im Faschismus und im imperialistischen Krieg geendet hat. (5)

Oder die Liberalen: Da wird z. B. diskutiert, daß auch ein Liberaler oder ein Sozialliberaler, der persönlich von der Nützlichkeit des Grundgesetzes für den Kampf gegen die Reaktion überzeugt ist, an den Beschlüssen und Tätigkeiten der Volksfront mitwirken können muß. Das kann er aber doch. Wo ist ihm jemals die Mitarbeit verweigert worden? Aber eine andere Frage, was tut eigentlich die Volksfront für die wirklich wenigen republikanisch-antimperialistischen Liberalen, deren Positionen eine nach der anderen von der Reaktion überannt werden. Was etwa unternimmt sie zur Unterstützung von Positionen wie der des Historikers Fritz Fischer und seiner Schüler, der der offiziellen westdeutschen Geschichtswissenschaft zwischenzeitlich eine Korrektur ihrer dechnationalen Propaganda durch Untersuchung und Nach-

weis der Kontinuität der Grenzrevisionspolitik des Deutschen Reiches und heute der BRD aufzuzwang, und dessen Positionen inzwischen Reihenweise von den Hochschulen wegesäubert werden? (6)

Was nützt mir bei alledem bitte der Ordnungsruf „wir sind überparteilich“, wo es doch in Wirklichkeit darum geht, für wen und mit wem die Volksfront Partei gegen die Reaktion ergreift?

5. Wofür?

Diese Frage ist leicht, und zwar mit dem Verweis auf das Volksfrontprogramm zu beantworten. Die Volksfront tritt ein für die Verteidigung der erkämpften Rechte, Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen, für die Verhinderung von Faschismus und Krieg. Diese Ziele hat die Volksfront mit vielen Organisationen und vielen nicht organisatorisch gebundenen Kräften gemeinsam.

Der Diskussionbeitrag der KPD stellt dazu fest: „Zur Schmiedung dieser gemeinsamen Front im anti-reaktionären, antifaschistischen und Friedenskampf kann die Volksfront einen wichtigen Beitrag leisten und somit zur breiten Frontbildung gegen die Reaktion über dieses Kampffeld hinaus einiges dazutun.“

Was aber ist ihr besonderer Beitrag zu diesem Kampf, aus dem sich ja auch erst eine besondere Organisation neben den bereits bestehenden im Kampf gegen die Reaktion rechtfertigt?

6. Auf welcher Grundlage?

Das Programm der Volksfront trifft keine Festlegungen für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft und für die dazu erforderliche sozialistische Revolution. Das ist die eine Seite des Einheitsfrontprogramms der Volksfront. Über diesen Tatbestand gibt es kaum Meinungsverschiedenheiten in der gegenwärtigen Debatte über Grundlagen und Ziele der Volksfront.

Die andere Seite aber ist die: Mit Bedacht trifft das Volksfrontprogramm keine Festlegungen auf die Verteidigung der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Kampf gegen Faschismus und Krieg. Dem liegt die wissenschaftlich begründete Ansicht zugrunde, daß sich der Kampf gegen die Folgen einer Gesellschaftsordnung — gegen Faschismus und imperialistischen Krieg — nicht auf die Verteidigung ihrer Ursachen — den Kapitalismus und Imperialismus — stützen kann. Die Volksfront kämpft für die Verteidigung der erkämpften Rechte und die Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen innerhalb der herrschenden Verhältnisse aber nicht durch Verteidigung der herrschenden Verhältnisse. Darin unterscheidet sich das Volksfrontprogramm tatsächlich von den meisten gegen die Reaktion gerichteten und von der Vielzahl der mehr oder weniger linken Programme, die im Kampf gegen die Folgen der herrschenden Gesellschaftsordnung Zugeständnisse an ihre Verteidigung machen.

Nur weil das Volksfrontprogramm

- keine Bindungen und Zugeständnisse an die Sicherung des Privateigentums im Kampf gegen die terroristischen Mittel

zu seiner Verteidigung macht, • keine Einschöpfung auf die FDGO im Kampf gegen diejenigen, die zu ihrer Verwirklichung die offene und direkte Form der Diktatur der Bourgeoisie vorbereiten, zuläßt,

• den Kampf gegen die in der BRD herrschende und ausbeutende Klasse und nicht gegen ihre Konkurrenten und Gegner führt, bietet es die Grundlage für eine Politik des strikten Antifaschismus, Antimilitarismus, Antinationalismus und Antimperialismus.

Dies zu vertreten und anzuwenden ist der besondere und qualifizierte Beitrag, den die Volksfront zur Herausbildung einer Einheitsfront der arbeitenden Klassen gegen die Reaktion zu leisten hat. Darin bestehen auch die Grundlagen ihrer eigenständigen Organisation. Einwände gegen Grundlagen und Ziele der Volksfront, die die Aufhebung dieser Grundlagen beabsichtigen und unwidersprochen blieben, würden die organisatorische Auflösung bald nach sich ziehen. Organisatorische Einwände, die die Vertretung und Anwendung dieser Grundsätze nicht mehr zuließen, würden das gleiche nur auf scheinbar umgekehrtem Wege verfolgen.

Die KPD, die die Gründung und den Aufbau der Volksfront maßgeblich unterstützt hat, hat in ihrem Diskussionbeitrag vor allem den Prozeß dieses bisherigen Aufbaus geschildert. Dabei ist die Auseinandersetzung um die zukünftige Entwicklung ziemlich zu kurz gekommen. Das ist der Grund für diesen neuerlichen, nicht gerade kurzen Diskussionsbeitrag zur Politik der Einheitsfront und den Aufgaben der Volksfront.

chc, rih
22. 11. 83

Anmerkungen

- (1) So wie 1980 bei Gründung der Volksfront haben die revolutionären Organisationen auch bereits 1977 nach der Demonstration gegen den Verbot der KPD, KPD und KPD/ML die Ansätze, Möglichkeiten und Vorschläge für den gemeinsamen Aufbau einer Frontorganisation gegen die Reaktion nicht gemeinsam verfolgt.
- (2) Einer der wenigen revolutionären Berichte aus Augenzeugenerfahrung über den Entartungsprozeß einer ehemals revolutionären Arbeiterpartei in eine Partei von Jubelnationalisten findet sich in der Autobiographie von Alexandra Kollontai. Detailliert und plastisch werden die Tage vor der Reichsabstimmung und die zunehmende Isolierung der Revolutionäre um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg innerhalb der Sozialdemokratie beschrieben.
- (3) Siehe dazu: Die Grüne Partei, die Partei der Mittelklasse, ein Beitrag des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) in: Arbeiterkampf v. 8.8.83, S. 33 ff sowie zur Geschichte der Komintern und Volksfrontpolitik: Mit der SPD den Weltkrieg verhindern? in: Arbeiterkampf v. 31. 10. 83
- (4) Eine Literaturübersicht zu den verschiedenen historischen Strömungen und Positionen des Pazifismus, Linkspazifismus und Antimperialismus findet sich in: Friedensanalysen 16, Frankfurt 1982, S. 449 ff.
- (5) Beispiele für solche Stellungnahmen finden sich etwa in den Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe „Christen in der VVN“.
- (6) Vgl. dazu: Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielepolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 2. Aufl., Königstein 1979, sowie: Fritz Fischer, 1914/18 Wir sind nicht hineingeschliddert, eine Streitschrift, 1983. In dieser Streitschrift weist Fritz Fischer der reaktionären Geschichtswissenschaft direkte Dokumentenfälschung nach. Bisher versuchen die Angegriffenen diese Streitschrift totzuschweigen.

Das „Volksecho“ — Mitteilungsblatt der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg — berichtet über Politik und Aktionen der Volksfront und nimmt Stellung zu Fragen des antifaschistischen und Friedenskampfes.

Noch im Dezember erscheint eine Sondernummer, die die Ergebnisse des 2. Bundeskongresses, der vor kurzem stattfand, dokumentiert.

Bestellungen an: Redaktion „Volksecho“, Postfach 140267, 46 Dortmund 14. Bezugspreis für Nichtmitglieder 50 Pfennig.



des westdeutschen Imperialismus und die Gefahr aufzeigen, die unserem Land und Volk aus der Konfrontation der beiden waffenstarken Militärblocke, an deren Nahtstelle wir liegen, drohen.“?

Einmal abgesehen davon, ob die rührende Metapher von der „Nahtstelle“ das richtige Bild für den Mantel der Gebietsansprüche des BRD-Imperialismus (in den Grenzen von 1937 usw.) ist, den er über ganz Osteuropa ausbreitet, und mal ganz abgesehen davon, daß unter diesem Mantel von Gebietsansprüchen der BRD-Imperialismus am meisten „waffenstarrt“ (nämlich nach Osten), woher droht die Gefahr? — von außerhalb, von „den Blöcken“.

Wenn mit dieser Begründung dann der Austritt aus der NATO gefordert wird, nicht als Schwächung des BRD-Imperialismus, sondern als Schutzmaßnahme „unseres Landes“ — die herrschende Klasse also eingeschlossen — vor äußeren Gefahren, dann ist das eine falsche, nämlich nationale Begründung für eine im Prinzip und allgemein richtige Forderung.

Man mag versucht sein zu sagen, die Kritik sei „pingelig“ und der kritisierte Satz eben verworfen formuliert, deswegen Schwamm drüber. Aber genau

den marsch der Reaktion und der vollständigen Niederlage, Zersplitterung und schließlich Zerschlagung der arbeitenden und unterdrückten Klasse geendet hat?

4. Mit wem?

Hier sagt der Beitrag der KPD, was ja auch niemand betreibt, daß die Volksfront allen offenstehen muß, die gegen die Reaktion kämpfen wollen. Nun muß man aber doch eines berücksichtigen, Aussagen von der Art: „Alle die wollen, sollen auch können dürfen, deshalb überparteilich“ klären bei Lichte betrachtet eigentlich so gut wie nichts. Denn, alle diejenigen, die auf Grund ihrer Gegnerschaft zur Reaktion den Kampf gegen die Reaktion führen und unterstützen müssen, tun dies gegenwärtig noch nicht, bzw. zumindest nicht mit einheitlicher Stoßrichtung, und diejenigen, welche sich gegenwärtig auf der Basis verschiedener Programme und Zielsetzungen gegen die Reaktion zusammenfinden, sind nicht alle, um die es geht.

Will man die Frage „mit wem?“ mit mehr als allgemeinen Schlagworten beant-

worten und Schichten gegen den gemeinsamen Gegner vollziehen. Alle tatsächlichen Volksfrontbündnisse waren solche Bündnisse, und jeder erfolgreiche Vormarsch der Reaktion bis hin zur Errichtung des Faschismus war vom Scheitern dieser Bündnisse gekennzeichnet. Wenn also die Volksfront die Mitarbeit an dieser großen historischen Aufgabe sich heute in der BRD zum Ziel setzt — und um kein anderes Ziel kann es sich schließlich handeln — eine Aufgabe, die zu erkennen man kein Kommunist sein muß, sondern sich lediglich den Interessen der arbeitenden Klassen zugehörig fühlen und dazu wenigstens irgend etwas aus der Geschichte gelernt haben muß, wenn die Volksfront sich also diese Aufgabe stellt, dann muß sie danach auch ihre Politik zu den gegenwärtig bestehenden politischen Parteien, Strömungen und Gruppierungen bestimmen.

Die Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen und rückschrittlichen Bestrebungen, zwischen den Zielen der Einigung der arbeitenden Klassen und der Anhangsbildung um die besitzende Klasse findet doch innerhalb der vorhandenen politischen Strömungen und Parteien statt und zwar mit den Mitteln und Standpunkten ihrer

Jahresrückblick 83

Am Ende eines Jahres, stets die Zeit, Bilanz zu ziehen, was denn nun bleibend war, von den vielen Dingen, die da pau-

senlos passiert sind. Was war wichtig, wirksam und bleibend in der BRD dieses Jahr? Sicher, wenn auch unangenehm, die Wahl am 6. März. Der Wahlsieg der konservativen Koalition (1) war das

Startsignal zu verschärftem Vorgehen auf die Lage der Arbeiter und der arbeitenden Menschen überhaupt. Dem stand wachsender Widerstand entgegen — die Werftbesetzungen (2 und 3), bei den verschiedenen Stahlbetrieben (4 und 5) und auf der gemeinsamen Große-

monstration der Werft- und Stahlarbeiter (6). Widerstand der aber jeweils nur zeitweiligen Erfolg brachte — in erster Linie aufgrund der Haltung der IG-Metall-Führung, die sich an gesetzliche Vorschriften klammerte, um solche Kämpfe nicht unterstützen zu müssen, oder die ihre Stoßrichtung immer wieder auf die Sozialpartnerschaft orientierte, bis hin zum ARBED-Debakel und ihrer Kopie bei Krupp mit dem Weihnachtsgeld. Vor diesem Hintergrund geht es

im nächsten Jahr in den Kampf um die 35-Stunden-Woche, die so wichtig ist, für die Erhaltung von Arbeitsplätzen, für die Erhaltung der Gesundheit (7). Der Wahlsieg der Rechten brachte sowohl verschärften, systematisierten Sozialabbau, als auch eine Wende in der Innenpolitik, die hauptsächlich durch die Person des CSU-Innenministers Zimmermann vertreten wurde — Filmzensur und Einschränkung von Demonstrationsrechten, Asylanten, die in den Tod getrieben wer-

den (8), das sind die „Früchte“ der Politik dieses Mannes, der sicher in keiner anderen bürgerlichen Demokratie Westeuropas noch Minister sein könnte (9). Und der Wahlsieg der Rechten machte die Bahn frei für das „Ja“ des Bundestages zu neuen US-Raketen, gegen den klaren Willen der Mehrheit der Bevölkerung — ein Ermächtigungsgesetz, das mit Demokratie aber auch gar nichts zu tun hatte. Aber auch hier: Der Widerstand wurde breiter (10) und geht weiter.



1



6



2



3



4



5



7



8



9



10

Das war 1983 — weltweit

Zwei Zentren internationaler Spannungen blieben auch in diesem Jahr im Blickpunkt. In Mittelamerika verstärkte der US-Imperialismus seinen Druck auf alle fortschrittlichen Bewegungen. Das Grenada Maurice Bishops (1) fiel einer Aggression des US-Imperialismus zum Opfer, Nicaragua (2) lebt unter ständiger Bedrohung. Im Nahen Osten ging der vereinte Kampf der Weltreaktion gegen das palästinensische Volk und die PLO weiter, Krieg herrschte im Libanon (3).

In der Türkei wurden währenddessen mit den sogenannten Wahlen die Bemühungen fortgesetzt, der Diktatur der Militärs im Dienste der NATO eine demokratische Maske aufzuziehen — aber die blutige Unterdrückung bleibt, Gewerkschaftsführer (4) beispielsweise sitzen im Gefängnis, Folter und Mord

fordern weitere Todesopfer. Dagegen geriet, wie in anderen südamerikanischen Ländern auch, die Militärdiktatur in Chile ins Wanken: Nationale Protesttage sahen Millionen Menschen auf den Straßen (5). Wie im Vorjahr bewiesen auch in diesem Jahr europäische imperialistische Mächte, daß sie keineswegs friedlich und passiv sind: Der französische Imperialismus überfiel den Tschad, um sein von ihm selbst eingerichtetes Regime zu stürzen (6).

In großen Schwierigkeiten bleibt auch der sowjetische Imperialismus. In Polen wurde ein Fußball-Europapokalspiel zu einer riesigen Massenkundgebung für „Solidarność“ (7), in Afghanistan ge-

lang es sowjetischen Truppen nach wie vor nicht, die Macht des Karmal-Klüngels zu festigen (8). Aber auch in den europäischen Ländern geriet durch die Wirkung der kapitalistischen Krise vieles in Bewegung. Nicht nur, daß Hunderttausende in fast allen europäischen Hauptstädten für den Frieden, gegen die weitere Aufrüstung demonstrierten, es gab auch heftige Kämpfe der arbeitenden Menschen gegen die verschiedenen Krisenprogramme der Regierungen. Sei es in Belgien oder den Niederlanden oder, vor allem, in Britannien, aber auch, wie auf unserem letzten Bild (9), in Frankreich.



Brennpunkt Zentralamerika

Die Interventionsgefahr in Mittelamerika, die Gefahr eines Einmarsches der Truppen des US-Imperialismus oder seiner Verbündeten nach Nicaragua besteht weiter. Wie auch die Gefahr einer direkten Einmischung in den Krieg in El Salvador.

In Nicaragua lebt man zur Zeit wie im Belagerungszustand. Die Bevölkerung baut Schützengraben und Unterstände, die Volksmilizen werden ausgebaut, alle Kräfte werden zur Verteidigung der Revolution angespannt. Der Druck der USA nimmt ständig zu, die sandinistische Regierung beginnt Zugeständnisse zu machen. Sie versicherte, daß die über 2000 kubanischen Lehrer, Ärzte und Techniker das Land verlassen werden. Unter dem Druck auch der inneren, bürgerlichen Opposition werden in dieser Situation jetzt Wahlen im Lande vorbereitet.

In dieser schweren Situation ist die Internationale Solidaritätsbewegung mit dem ant imperialistischen Kampf der Völker Mittelamerikas stark gefordert. Die Regierung Nicaraguas hat am 16. 11. 1983 dazu aufgerufen, internationale Arbeitsbrigaden zu bilden. Diese sollen aus Ärzten, Facharbeitern und Erntehelfern bestehen und beim Aufbau des Landes helfen, vor allem da, wo durch den Abzug vieler Arbeitskräfte zur Verteidigung Lücken entstehen.

Waffen für El Salvador — Brigaden für Nicaragua

Spätestens die Invasion Grenadas durch die US-Marines hat uns allen klar gemacht: Für den US-Imperialismus ist bei dem Versuch, die revolutionären Fortschritte der Völker und Befreiungsbewegungen Zentralamerikas rückgängig zu machen nur die militärische „Lösung“ übriggeblieben.

In El Salvador ist das politische System der Kaffeeoligarchie nur noch mit einer Finanzspritze und täglich mehr als 1 Mio. US-Dollar am Leben zu halten. Die Streitkräfte der Regierung sind trotz einer Militärhilfe von 1 Mrd. US-Dollar in den letzten vier Jahren, der Aufstellung von fünf Spezialbataillonen à 1500 Soldaten und bis heute vier sogenannten Jägerbataillonen à 400 Soldaten moralisch besiegt und militärisch am Ende. Die FMLN hat in zwei Dritteln des Landes die Initiative des Krieges an sich gerissen. In Nicaragua ist der von der Contra gegen die Sandinisten geplante Volksaufstand ausgeblieben, der von der US-Regierung und dem CIA massiv mit Geld, Material und logistischer Beratung vorangetrieben und von Somoza-Truppen und Söldnern über militärische Angriffe von Honduras und Costa Rica aus provoziert werden sollte. Angesichts der Bedrohung findet in der Bevölkerung eine Solidarisierung mit der sandinistischen Regierung statt, die quer durch alle Schichten und politische Positionen geht.

In Guatemala ist es den US-gestützten Diktaturen nicht gelungen, den bewaffneten Volkswiderstand zu zerschlagen, obwohl in den letzten zwei Jahren wahllos und gezielt mehr als 15000 Menschen der Indiobevölkerung als „Guerilleros“ massakriert worden sind. Die USA hat ihre Militärhilfe wieder aufgenommen und schon zweimal seit '82 Regierungen einge-

setzt, die ihre politischen Ziele noch effektiver verwirklichen sollen. Trotz großer Rückschläge ist die Guerilla in Guatemala in einem Prozeß der Reorganisation.

Der Aufmarsch der US-Truppen in Honduras zu „Manöverzwecken“ von mindestens sechs Monaten Dauer, der Ausbau Honduras als strategischer Dreh- und Angelpunkt US-imperialistischer Militärpolitik in Zentralamerika und der Karibik erweist sich als unmittelbare Vorbereitung einer direkten Invasion Nicaraguas und/oder El Salvadors. Spätestens bei der US-Invasion in Grenada — wo Teile dieser „Manöver-Truppen“ eingesetzt wurden — wurde ihre eigentliche Aufgabe klar.

Die FMLN El Salvadors hat in den letzten beiden Jahren immer wieder versucht, den Krieg auf dem Verhandlungsweg abzukürzen, den Völkermord, den die USA mit ihrer massiven Unterstützung faschistischer Kräfte in der Armee El Salvadors in Kauf nehmen, zu verhindern. Sie hat aber immer klar gemacht, daß eine politische Lösung des Konfliktes nur auf der Grundlage ihrer militärischen Stärke möglich ist. Die anhaltenden militärischen Erfolge der FMLN, der gleichzeitige Zerfall der Kampffähigkeit und -bereitschaft der salvadorianischen

Die Arbeitsbrigaden sollen auch durch ihre Anwesenheit Solidarität demonstrieren und eine breite Öffentlichkeit über Nicaragua herstellen und somit dazu beitragen, eine Invasion zu erschweren.

Die Teilnahme an den Einsätzen der internationalen Arbeitsbrigaden kann aber nur eine Form der Solidarität sein. Auch wer diese Möglichkeit nicht hat, kann mithelfen, Gegendruck gegen die geplante Intervention zu schaffen.

In Westdeutschland z. B. wird es darum gehen, mit dazu beizutragen, daß endlich die längst zugesagte Hilfe für Nicaragua, ein 40-Millionen-Kredit der Bundesregierung ausgezahlt wird, daß die versprochenen 20 Millionen für das Mörderregime in El Salvador blockiert bleiben und die Diktatur nicht durch eine Botschafterentsendung aufgewertet wird.

Und weiter bleibt die Spendensammlung „Waffen für El Salvador“ aktuell und wichtig. Die Stabilisierung der „Poder Popular“, der Volksmacht in den befreiten Gebieten El Salvadors, in den Provinzen Chalatenango und Morazan, der aktive Kampf gegen die Regierung, die ihr Land als Kolonie der USA betrachtet, kann auch durch unsere verschiedenen internationalistischen Beiträge gestärkt werden.

Zu der aktuellen Diskussion der Mittelamerika-Solidarität drucken wir im folgenden einen Aufruf aus Westberlin ab, der beide Schwerpunkte — „Waffen für El Salvador, Brigaden für Nicaragua“ — propagiert.

Armee und die Spaltung innerhalb des rechten Lagers zwingen die Yankees zu neuen Entscheidungen. El Salvador rückt damit in den Mittelpunkt der US-amerikanischen Invasionspläne, die sich gegen die gesamte mittelamerikanische Region richten.

Unsere Unterstützung der salvadorianischen Befreiungsbewegung über das Konto „Waffen für El Salvador“ hat mit zur militärischen Stärke beigetragen. Die FMLN konnte verhandeln und kämpfen. Der erzwungene und dennoch notwendige Krieg ist trotzdem nicht zu Ende. Im Gegenteil: er ist am Punkt des alles oder nichts angelangt. Weil die FMLN dabei ist, den Krieg zu gewinnen, planen die USA die direkte Invasion. Deshalb fordern wir euch auf, dem Herrschaftsanspruch der USA etwas entgegenzusetzen und — wie vor drei Jahren — dem Volk El Salvadors die moralische und materielle Unterstützung zu geben, die zum schnellstmöglichen Sieg beiträgt: Waffen für El Salvador. Weil die US-Militärkonzeption ganz Zentralamerika betrifft, ist Nicaragua nach dem politisch-ökonomischen Krieg der letzten vier Jahre jetzt von US-Truppen direkt bedroht. Die Truppen der Contra allein kön-

nen weder politisch noch militärisch durchgreifende Erfolge erringen. Um die Regierung der FSLN zu stürzen, müssen die USA selber massiv eingreifen.

Doch dieses Volk ist stark. Nicaragua ist auf die Invasion seit vier Jahren vorbereitet, das Volk ist bewaffnet. Trotzdem braucht Nicaragua unsere sofortige Unterstützung. Es ist unsere Aufgabe, Nicaragua beizustehen, den Krieg gegen den US-Imperialismus — in welcher Form er auch immer auftritt — zu gewinnen. Arbeitsbrigaden für Nicaragua sollen im Land Positionen am Arbeitsplatz derjenigen einnehmen, die das Land mit der Waffe in der Hand verteidigen, den Krieg gewinnen müssen, um den Frieden zu erkämpfen. Die Brigaden sollen dazu beitragen, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Lücken in der Produktion zu schließen. Wir müssen den politischen Preis einer Invasion so hochschrauben, daß sie unmöglich wird. Wir müssen handeln bevor sie stattfindet.

Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker Mittelamerikas!

**Waffen für El Salvador!
Brigaden für Nicaragua!**
(El Salvador-Komitee West-Berlin)



So wichtig wie noch nie:

WAFFEN FÜR EL SALVADOR

Mit der Verschärfung der Spannungen in Mittelamerika, mit dem zunehmenden Säbelrasseln der US-Armee und den konkreter werdenden Invasionsabsichten der USA ist internationale Solidarität nicht nur eine Frage der moralischen Entrüstung. Internationale Solidarität — gerade im Falle El Salvadors — muß auch konkrete Unterstützung bedeuten.

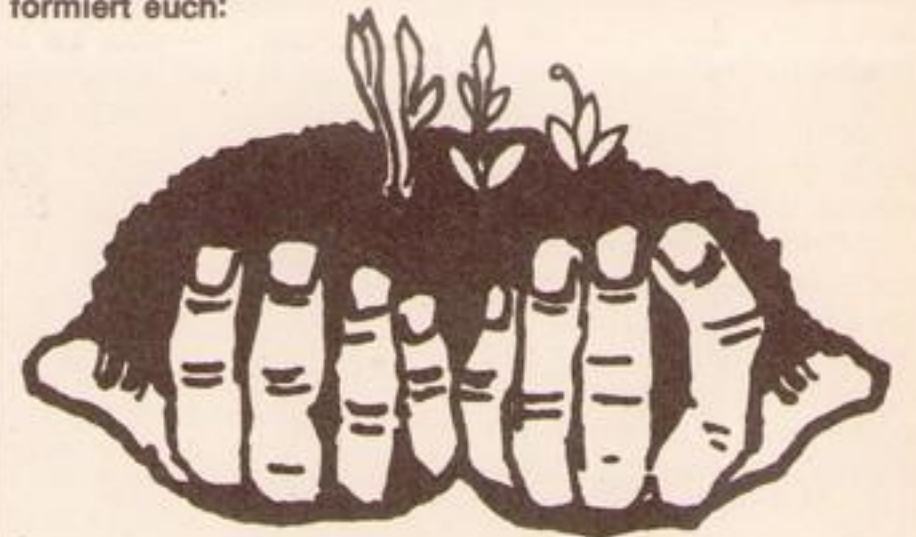
Konkrete Unterstützung für das kämpfende Volk von El Salvador heißt vor allem, seine Bewaffnung gegen den Imperialismus zu sichern. Jede Mark auf das unten angegebene Spendenkonto ist ein Beitrag dazu.

„Waffen für El Salvador“, Postscheck Berlin-West, 28859 - 107 Sonderkonto, Bankleitzahl 100 100 10.

Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65.

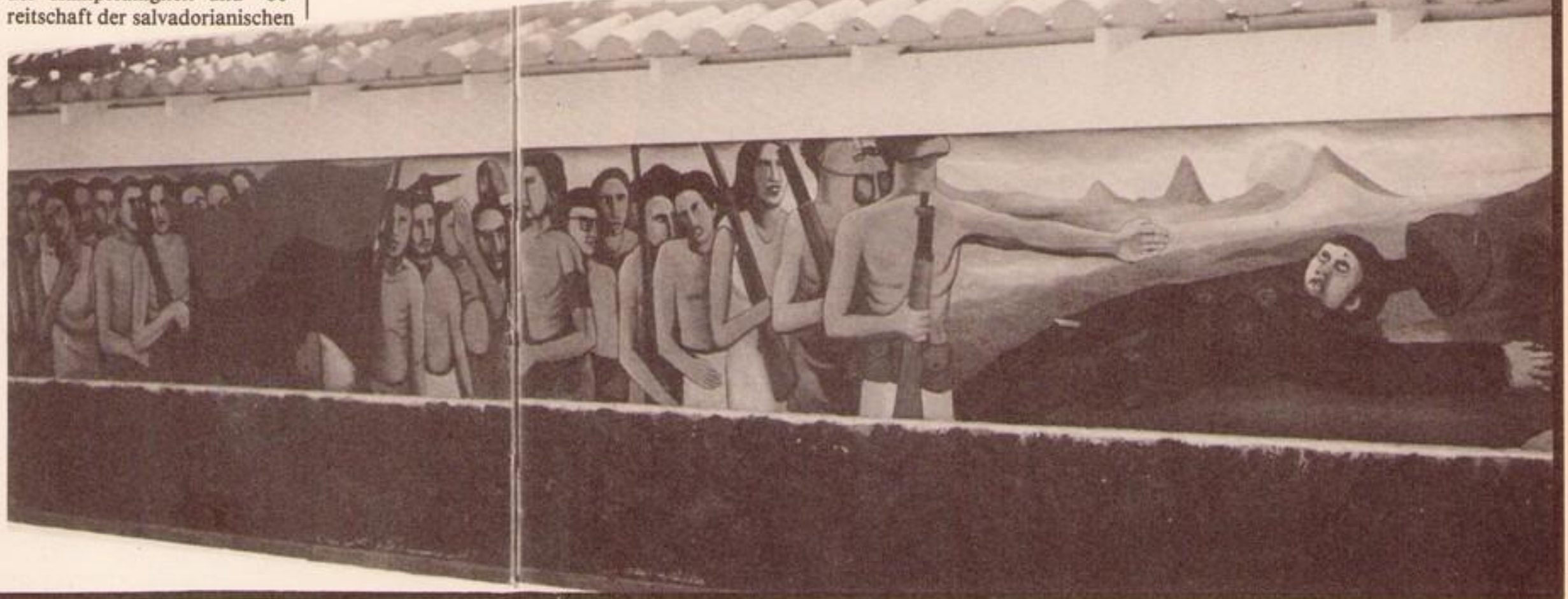
Arbeitsbrigaden für Nicaragua

Nähere Informationen über das Projekt der Arbeitsbrigaden bekommt man bei der folgenden Adresse, (bitte frankierten Rückumschlag beilegen). Die ersten Brigaden, die von der Solidaritätsbewegung zur anstehenden Kaffee-Ernte zusammengestellt wurden, sind bereits unterwegs. Neben den Flugkosten (rd. 1600 DM) kommen die Brigadisten auch für ihre Verpflegung und Unterbringung mit auf (rd. 450 DM). Informiert euch:



Informationsbüro Nicaragua,

Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal, Tel.: (0202) 760527. Spendenkonto: 97 6738 Stadtparkasse Wuppertal, BLZ 33055000, (bitte immer Verwendungszweck angeben).



Wandgemälde
in Nicaragua

Hunger in den USA — Anekdotenkram

Ronald Reagans Berater pflegen eine offene Sprache zu sprechen. Neuester Skandal in Washington: ein Berater des Präsidenten nannte Berichte über Hunger in den USA „Anekdotenkram“. Edwin Meese, politischer Berater innerhalb der Reagan-Gang sprach vor Journalisten über die Hungernden in den USA: „Ich habe noch nie irgendwo amtliche Zahlen darüber gesehen, daß es in Amerika hungernde Kinder gibt“, und weiter: „Viele Leute gehen in die (öffentlichen) Suppenküchen, weil das Essen dort frei ist, und das ist einfacher, als dafür zu bezahlen“. Über Hunger, so Meese, habe er bisher nur „anecdotal stuff“ gehört. Nach — schon lange bekannten — statistischen Erhebungen leben zwischen 35 und 40 Millionen US-Bürger unter der Armutsgrenze, 23 Millionen hängen von staatlichen Essensgutscheinen ab.



Armut in den USA — Anekdotenkram?

Beispiellos Zynismus des Beraters, so könnte man meinen. Aber es ist nicht die erste Frechheit dieser Art, die aus Reagans Umfeld kommt. Sein letzter Innenminister James Watt mußte glücklicherweise gehen, als er Mitglieder einer kritischen Untersuchungskommission wie folgt beschrieb: „Eine Frau, ein Schwarzer, ein Krüppel“. Und eine Vertraute des Präsidenten mußte auch ihren Stuhl räumen. Als Chefin der nationalen Umweltbehörde EPA konnten ihr engste Verbindungen mit den Industrieunternehmen in den Vereinigten Staaten nachgewiesen werden, die am meisten Giftmüll produzieren.

Für wahr — eine ehrenwerte Versammlung, der Herr Präsident und sein Beratergremium.

„Solidarność“ zwei Jahre verboten

Polen vor einem harten Jahr

Verschiedene Jahrestage mußten die polnischen Arbeiter im vergangenen Monat begehen. Vor zwei Jahren, am 13. 12. 1981, war mit der Machtübernahme des Generals Jaruzelski die Gewerkschaft „Solidarność“ verboten worden, das Kriegsrecht ausgerufen worden und viele erkämpfte Freiheiten und Rechte wurden aufgehoben.

Vor 13 Jahren waren beim ersten großen Arbeiteraufstand in der Geschichte des neuen Polen Danziger Arbeiter der Lenin-Werft von der Staatsmacht erschossen worden.

Diese — traurigen — Jubiläen waren in diesem Jahr Anlaß für die revisionistische Staatsführung, überall ihre — vor allem militärische — Präsenz zu zeigen. Mit massivem Auffahren von Polizei und Milizen begegnete sie erwarteten Demonstrationen. Massenprotest konnte in Polen so zwar „vermieden“ werden, aber das war kein Zeichen der Stärke des Regimes.

Unwiderrspochen ist die landesweite Präsenz der Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“, die, auch unter den Bedingungen der Illegalität, weiterlebt. Zwar hat die Zeit des Kriegsrechts, die Inhaftierung tausender Gewerkschafter, der immense Druck des Staates zu einem Abebben der Kämpfe geführt, aber von der lange schon verkündeten „Normalisierung“ ist wenig zu erkennen.

Wie sollte sie auch eintreten, wo sich eine Staats- und Parteiführung anmaßt, den „Sozialismus“ gegen die Arbeiter aufzubauen. Das ist ein Widerspruch in sich, das kann nicht laufen. Was Militär und ein mit allen Machtmitteln ausgestatteter Staat hier durchsetzen, aufrechterhalten wollen, ist nichts anderes als eine Ausbeuterordnung, ein System, das die Arbeiter unterdrückt und als Sklaven hält. Mit Sozialismus hat das nichts zu tun.

Die Arbeiter allerdings machen das trotz des massiven Drucks nicht mit. Die bestehenden Organisationen der „Solidarność“ haben angekündigt, vor allem gegen die horrenden Lebensmittelpreiserhöhungen, die am 1. Januar in Kraft treten sollen, anzugehen. Zweiter Schwerpunkt der Opposition ist

die Aufklärung über die Welle der politischen Prozesse in Polen.

Noch immer laufen politische Prozesse gegen Gewerkschafter, werden neue Prozesse vorbereitet. Politische und gewerkschaftliche Opposition soll in Polen mundtot gemacht werden.

Mit der Orientierung auf den Kampf um die wichtigsten wirtschaftlichen Forderungen, hier an der Spitze die Zurücknahme der Preiserhöhungen und mit dem Kampf gegen die politische Unterdrückung hat die Arbeiterbewegung, die gesamte Opposition in Polen zwei wichtige Kampffronten benannt, an denen sich weiter zeigen wird, daß in Polen Arbeiterforderungen nur gegen die Herrschenden durchzusetzen sind.



Dachverband der britischen Gewerkschaft kapituliert

Druckerstreik am Ende

Eine schwere Niederlage hat die britische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hinnehmen müssen. Die Druckergewerkschaft NGA erklärte den Arbeitskampf gegen die Zeitungsverleger für vorläufig „suspendiert“ — aber es ist klar, daß dieser Kampf erst einmal verloren ist. Da sich der Druckerstreik gegen geltende, von der Regierung Thatcher verabschiedete Gewerkschafts(gängelungs)gesetze richtete, war die Druckergewerkschaft mit Millionen Klagen überhäuft worden, ihr gesamtes Vermögen war beschlagnahmt worden.

Die nötige Solidarität anderer Gewerkschaften, für die die gleichen Gesetze gelten, und die mithelfen sollten, diese Gesetze zu durchbrechen, war gerade im Entstehen. Der Ausschuß für Arbeitspolitik des nationalen Gewerkschaftsverbandes TUC hatte mit Mehrheit für die Unterstützung des Streiks der Drucker gestimmt. Bis hin zum Generalstreik müsse

man gehen, so hieß es im Ausschuß, um zu verhindern, daß mit Hilfe der neuen Gewerkschaftsgesetze die Gewerkschaften praktisch geknabert und unwirksam gemacht würden.

Anders dachte der Vorsitzende des TUC (Trade Union Council) Len Murray. Er erklärte sofort, der Ausschuß habe nur beratende Funktion, er berief den erweiterten Vorstand des Verbandes ein, der dann mit 31 gegen 20 Stimmen gegen eine Unterstützung der Druckergewerkschaft stimmte.

Damit steht die Druckergewerkschaft nicht nur mit den bisher ergangenen 2,5 Millionen DM Strafe und Schadenersatzdrohungen von 80 Millionen DM allein dar: die ganze Gewerkschaftsbewegung hat eine Niederlage erlitten.

Der Führer der Druckergewerkschaft, Joe Wade, sagte: „Nicht nur die NGA, sondern alle dem TUC angehörenden Gewerkschaften sind „den Fluß hinunter verkauft“ wor-

den“. Die anderen, überstimmten Gewerkschaftsführer kommentierten die Entscheidung des Dachverbandes auch mit bitteren Worten und gestanden eine Niederlage ein. Britische Gewerkschaften seien nach dieser Entscheidung nun an Gesetze gebunden, die die Arbeitskämpfe regelten, weil der Gewerkschaftsverband diese Gesetze nicht bekämpfe.

Schlechte Aussichten daher auch für den Widerstand gegen den nächsten Teil der Gewerkschaftsgesetzgebung der Regierung Thatcher. Als nächste einschneidende Wende will sie für sämtliche im öffentlichen Dienst Beschäftigte ein generelles Streikverbot einführen. Kein Wunder, daß sich der Arbeitsminister der reaktionären Regierung freut: Er begrüßte die Entscheidung des TUC, der sich demnach zur Einhaltung der geltenden Gesetze verpflichtet habe. Und die Gesetze macht dort immer noch die Regierung Thatcher — im Sinne der Unternehmer.

Ein Brief aus der Türkei

Lieber H.!

Wie Du weißt, ist der Alltag in der Türkei sehr schwer. Denn: Arbeitslosigkeit, Folterungen, Festnahmen usw. gehen weiter. Zur Zeit spielen die Generäle die Wahlkomödie. Ich weiß nicht, ob die Medien bei euch darüber berichten, daß einige Parteien, die von den Generälen selbst gegründet worden sind, sich auf die Wahl vorbereiten. Gut, drei Parteien sind zugelassen; aber die Junta will, daß man unbedingt die MDP (National-demokratische Partei) wählt. Sogar gegen die unabhängigen Kandidaten in den Städten legte sie ihr Veto ein, obwohl diese auch nicht gegen das System sind. Der Grund dieses Vetos ist, daß nur die Kandidaten der MDP gewählt werden sollen. Mit anderen Worten, die Wahlen in der Türkei haben keinerlei Bedeutung. Es wird weiter Unterdrückung, Arbeitslosigkeit und Hunger geben.

Man will die Griechenfeindlichkeit, die seit 100 Jahren existiert, verbreiten. Daneben ist das „Mittel-Ost-Problem“ auf der Tagesordnung. Die Türkei hat schon längst die Rolle des Gen-

Das Leben in der Türkei ist sehr schlimm. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die heutige Regierung. Das Volk weiß, daß es betrogen wird. Man glaubt nicht an die Scheinwahlen, an die neue Verfassung, an das Gewerkschaftsgesetz, an das Mediengesetz usw. Ich muß aber sagen, daß die Antifaschisten auch nicht gut organisiert sind. Zehntausende Menschen sind in den Gefängnissen. Die Revolutionäre, die bisher nicht verhaftet worden

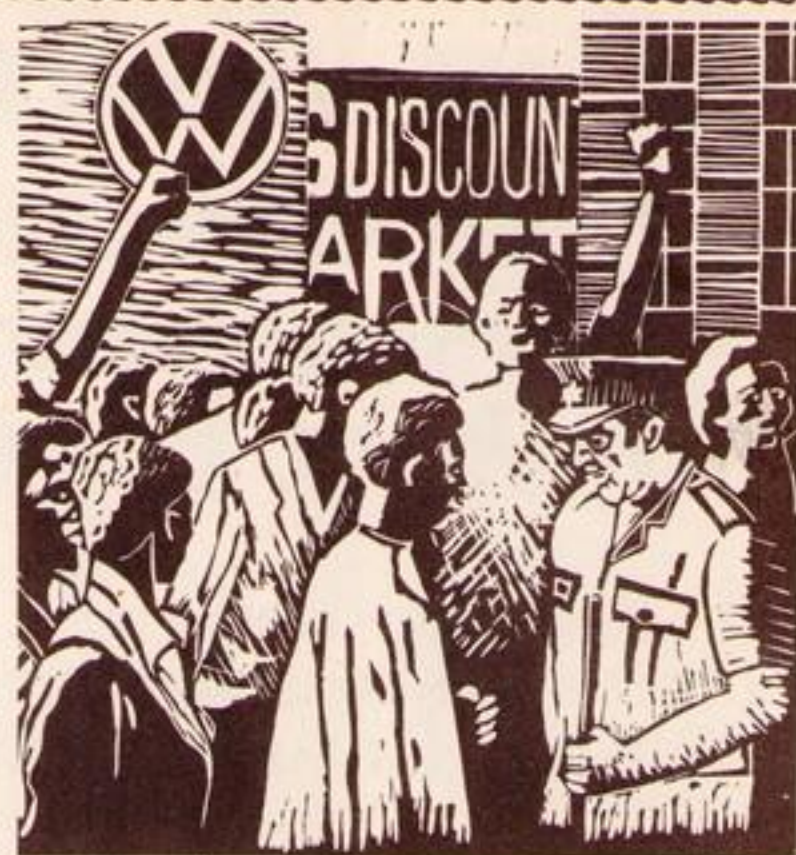
sind, versuchen, sich nicht erwischen zu lassen. In den Gefängnissen werden Aktionen durchgeführt. Zum Beispiel fand vor einem Monat im Metris-Gefängnis ein Hungerstreik statt. Die Medien haben über die Aktion nicht berichtet; und die Junta hat sich besonders darum bemüht, daß die Aktionen der Bevölkerung nicht bekannt werden.

Das Volk hat Angst und unter ihm herrscht Unruhe, weil die Agenten der Regierung besser als zuvor arbeiten. Z.B.: Ein Schmuggler verkauft in unserer Stadt viele Waffen. Nach ungefähr einem Monat werden alle, die Waffen gekauft haben, festgenommen, weil der Schmuggler ein Polizist war. Während alle festgenommenen Leute zu mindestens 20 Jahre Gefängnis verurteilt werden, wird einer von ihnen, der Bruder eines reichen Mannes, nach drei Tagen wieder freigelassen.

Ich werde Dir von Zeit zu Zeit über die Entwicklung in der Türkei schreiben. Aber H., sei vorsichtig, wenn Du mir schreibst, denn die Briefe, die zu uns kommen, werden untersucht. Wenn Du einen kleinen Fehler machst, kann mich das in Gefahr bringen!...

Die Zeitungen haben über den Selbstmord von K. Altun berichtet. Ich habe das sehr bedauert. Aber das, was er gemacht hat, kann man nicht von einem Revolutionär erwarten.

Wie geht es den Freunden? Ich würde mich freuen, wenn Du alle von mir grüßt.



UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU UNABHÄNGIGER GEWERKSCHAFTEN IN SÜDAFRIKA

Anfang Januar wird ein Vertreter der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter, Herr Mofokeng, auf Einladung des Arbeitskreises Afrika (AKA-FRIK) Münster zu einer Rundreise in die BRD kommen. — Die gewerkschaftliche Organisierung der schwarzen Arbeiter in Südafrika hat in den letzten Jahren aller Unterdrückung zum Trotz einen großen Aufschwung genommen. Die meist noch jungen schwarzen Gewerkschaften haben bereits viele harte Kämpfe durchstehen müssen — der Vorläufer der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter z.B. entstand praktisch im Streik

der Johannesburg Gemeindearbeiter 1980, gewann trotz der Deportation vieler Streikender Tausende von Mitgliedern, schloß sich dann mit anderen zusammen und ist seit 1982 Mitglieds-gewerkschaft der CUSA, dem Verband südafrikanischer Gewerkschaften, der selbst erst 1980 entstand und heute über 100000 Mitglieder zählt.

Auf Veranstaltungen in folgenden Städten wird Herr Mofokeng über die Entwicklung seiner Gewerkschaft wie der schwarzen Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, über ihre Erfolge, ihre Probleme und Aufgaben sprechen:

Veranstaltungstermine der Rundreise des Vertreters der South African Black Municipal Workers' Union

Mo, 09. 1.	Hamburg
Di, 10. 1.	Schleswig
Mi, 11. 1.	Kiel
Do, 12. 1.	Lüneburg
Fr, 13. 1.	Westberlin
Sa, 14. 1.	Hannover
Mo, 16. 1.	Clausthal
Di, 17. 1.	Bielefeld
Mi, 18. 1.	Münster
Fr, 20. 1.	Dortmund
Sa, 21. 1.	Köln
Mo, 23. 1.	Schweinfurt
Di, 24. 1.	Augsburg
Mi, 25. 1.	München
Fr, 27. 1.	Ravensburg
Sa, 28. 1.	Stuttgart
Mo, 30. 1.	Freiburg
Di, 31. 1.	Schwäbisch Hall
Mi, 01. 2.	Heilbronn
Do, 02. 2.	Heidelberg
Fr, 03. 2.	Frankfurt

Spendensammlung zur Unterstützung in Südafrika inhaftierter Gewerkschafter:

Konto C.U. Monica (Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter in Südafrika), BfG: Köln, Kto.-Nr. 1146368600 (BLZ: 37010111)

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Die Weihnachtskiste

Tolle Angebote zum verschenken, zum schmökern, zum studieren:

**11 Klassiker-Werke =
1993 Seiten wissenschaftlicher
Sozialismus für nur 5,— DM**

Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei
Marx: Lohnarbeit und Kapital
Marx: Bürgerkrieg in Frankreich
Marx: Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“
Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Engels: Dialektik der Natur
Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
Lenin: Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“
Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Lenin: Über Krieg und Frieden
Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR
(Alle Ausgaben aus dem Verlag für fremdsprachliche Literatur, Peking)

**Stalin zum Kennenlernen.
Für nur 15,— DM**

Stalin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden (statt 25,— DM)
und
Die Wahrheit über Stalin (statt 8,— DM)



**Musik-Kassette „Schönes
Land“ von Elbe 1
für nur 7,— DM (statt 15,— DM)**



☐ Hiermit bestelle ich aus dem Weihnachtsangebot:
Klassiker für 5,— DM
Ich lege einen Verrechnungsscheck bei oder überweise im
voraus 5,— DM plus 3,— DM für Porto.

☐ Stalin zum Kennenlernen
Ich lege einen Verrechnungsscheck bei oder überweise im
voraus 15,— DM plus 3,— DM Porto.

☐ Musik-Kassette von Elbe 1
Ich lege einen Verrechnungsscheck bei oder überweise im
voraus 7,— DM plus 2,— DM Porto.

Name

Straße

PLZ/Ort

Einsenden an: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526,
4600 Dortmund 30.



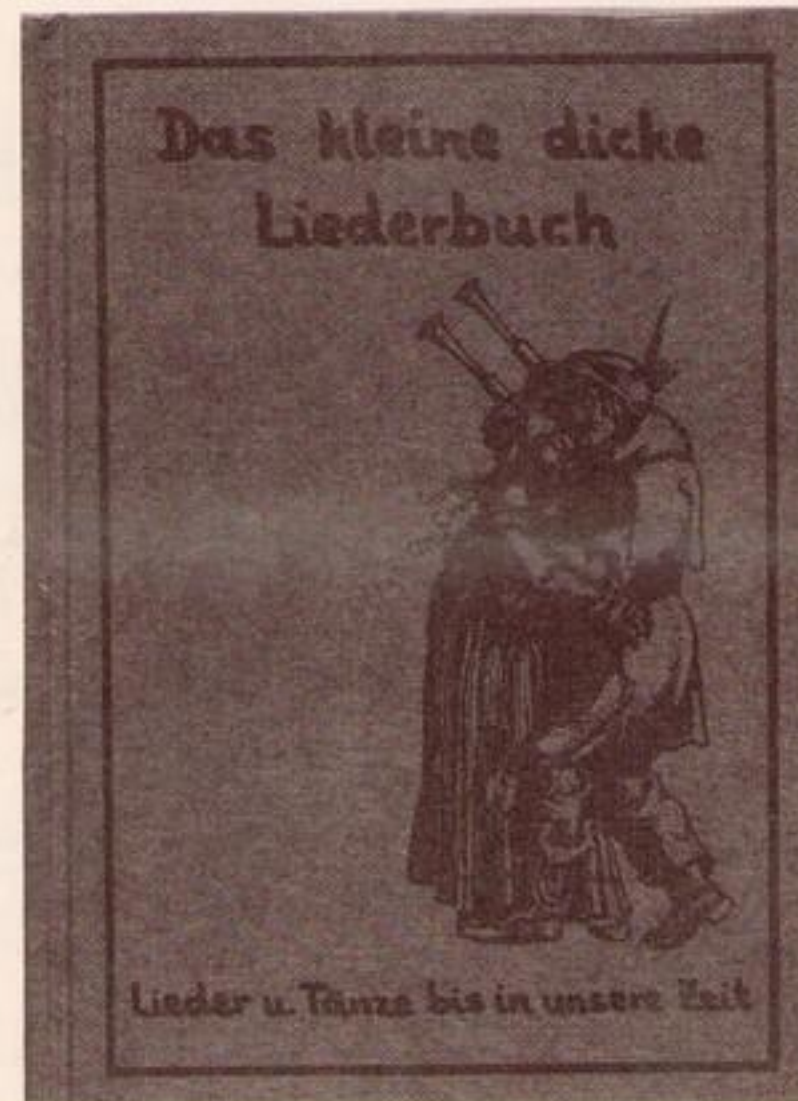
LENIN ÜBER
KRIEG UND FRIEDEN
Drei Artikel



Die erste umfassende Auswahl
von Stalins Werk, die seine
grundlegenden und wichtigsten
Schriften aus der Zeit von
1901 bis 1952 beinhaltet.



Karl Winkler: Made in GDR, Jugendszenen aus Ost-Berlin,
19,80 DM.



Das kleine dicke Liederbuch, Lieder und Tänze bis in unsere
Zeit auf 779 Seiten. Mit Noten und Griffabelle für Gitarre.
Für 15,— DM.

Wochenseminare der KPD 1984

- Themen: Einführung in die politische Ökonomie + Klassen und Klassenkampf + Staat und Revolution + Der Imperialismus + Was bringt uns der Sozialismus + Aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung.
- Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
- Unkostenbeitrag pro Woche nur 35,— DM.
- Anmeldungen bei Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, 3000 Hannover 91, Tel.: (0511) 466529.
- Termine: 16.—22. Januar 1984
20.—26. Februar 1984
24.—29. April 1984 (Osterferien)
17.—23. September 1984
- Vom 7.—13. Mai findet ein Wochenendseminar in türkischer Sprache statt.



Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom bis
an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen.

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Roter Morgen Geschenkabo!



Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s)
ab Nr.

Die Zahlung erfolgt:
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich,
wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000 290
(Bankleitzahl 44050199) Postcheckkonto Dortmund 79 600-461

Hiermit bestelle ich
..... Abonnement ab
als Geschenk für

Name
Adresse
PLZ/Ort

Die Zahlung erfolgt:
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM

Name
Straße
PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind vom Besteller im Voraus zu bezahlen.
Das Abonnement verlängert sich nicht automatisch.

Das Roter-Morgen-Weihnachtspreisrätsel

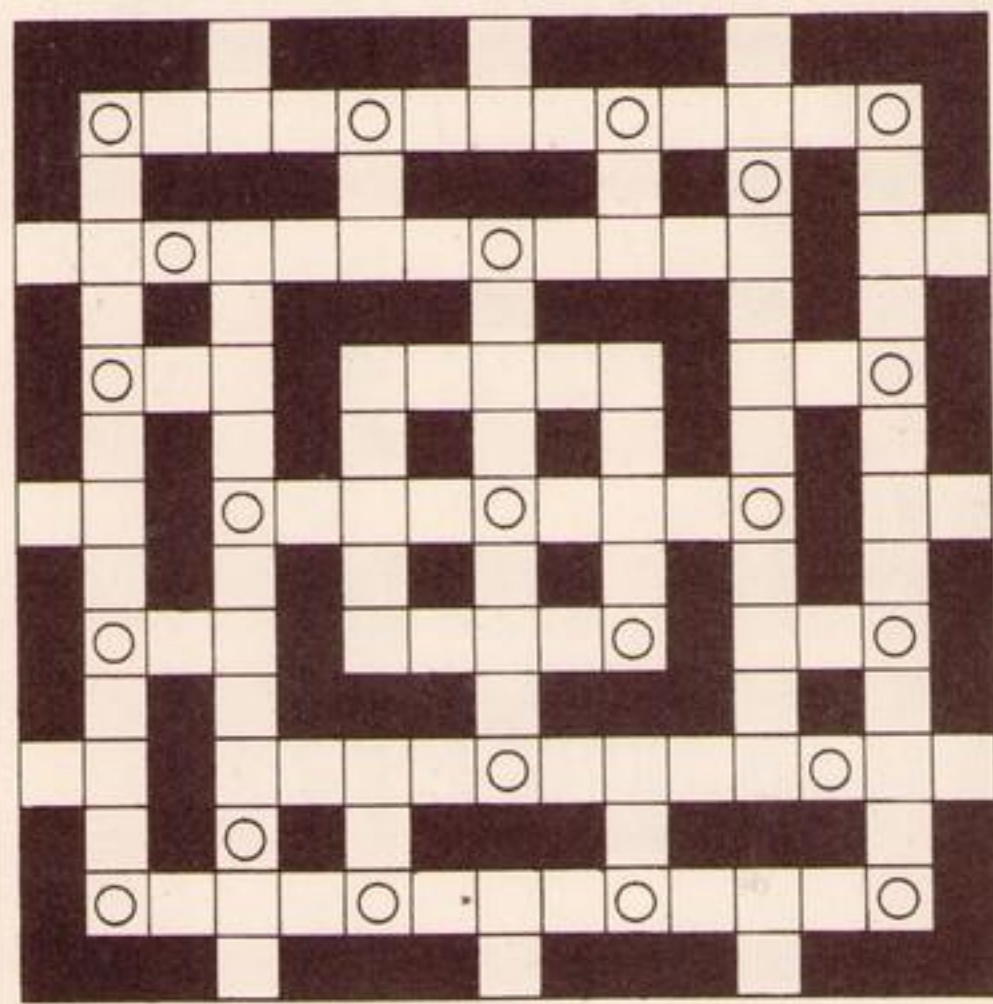
Lieber Leser! Unsere Aufgabe ist nicht ganz einfach. Gesucht wird der Weg durch den Irrgarten, der ohne jede Kreuzung von einem Eingang des Labyrinths unter Berührung aller Punkte, die sich darin befinden, kreuzungsfrei wieder hinausführt. Dabei sind Aus- und Eingang nicht dieselben.

Ein Tip zum Knobeln: bei den ersten Versuchen am Besten ein Stück Transparentpapier über den Irrgarten legen, da man es kaum beim ersten Versuch schaffen wird. (Oder ganz viele RMs kaufen, für jeden Versuch einen).

Wer's geschafft hat, kann dicke belohnt werden. Alle, die uns das Labyrinth mit der richtigen Lösung eingezeichnet zurückschicken, nehmen an der Verlosung von drei Schallplatten teil.

Einsendeschluß: 6. Januar 1984

Unsere Adresse: Redaktion Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 46 Dortmund 30. Rechtsweg und so ist ausgeschlossen.



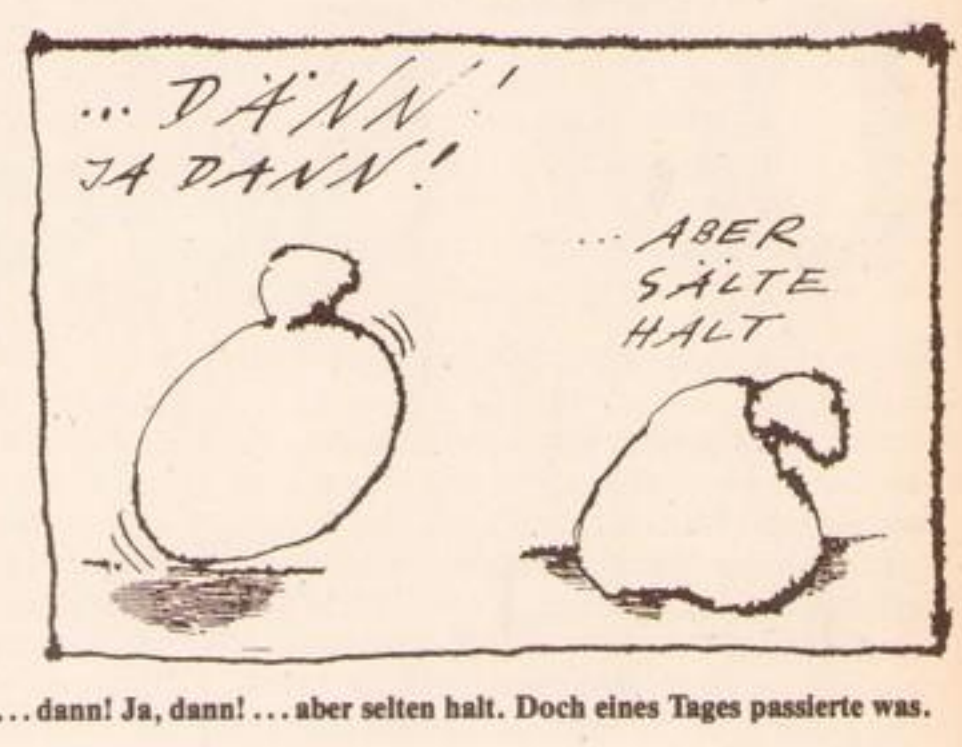
WALTER MOSSMANN / HEINER GOEBBELS

Unruhiges Requiem

1. LP: Walter Mossmann/Heiner Goebbels, „Unruhiges Requiem“/„Wechselbad“

2. LP: Maria Farantouri, Zülfü Livanelli und Ensemble

3. LP: Klaus Lage, „Stadtstreicher“



Unsere Bildergeschichte stammt aus einer ganz langen Geschichte der Säcke, die in einem Schweizer Alternativ-Verlag erschienen ist.

Wir können leider nur Auszüge aus der spannenden und humorvollen Story bringen. Um denjenigen, die des Schwytzerdeutschen nicht mächtig sind, einige Hilfen zu geben, haben wir einen begleitenden Text nach dem Original unter die Bilder gesetzt.

Das komplette Werk, 40 Seiten im Format 15x10 cm mit echter Bindfadenheftung kann man für wenige Fränkl beim „Paranoia City“ Laden in 8026 Zürich, Postfach 406 bestellen.



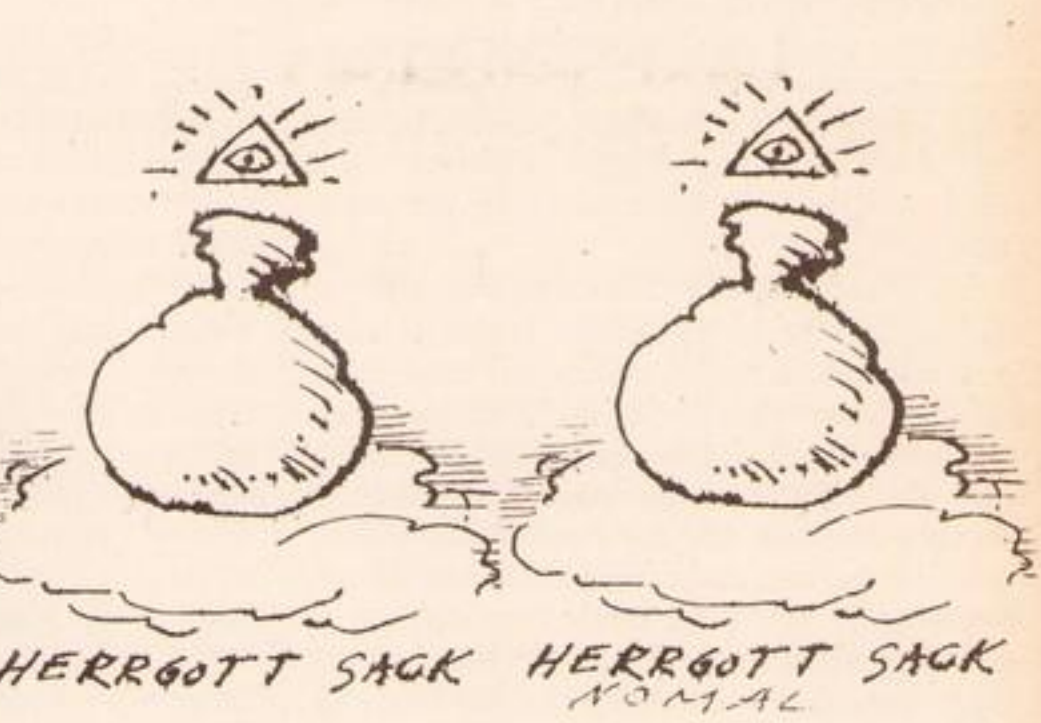
„Geil — eine Demo — da steig ich gerade ein!“ „Sie kommen“, riefen die Demonstranten — die Polizei war da.



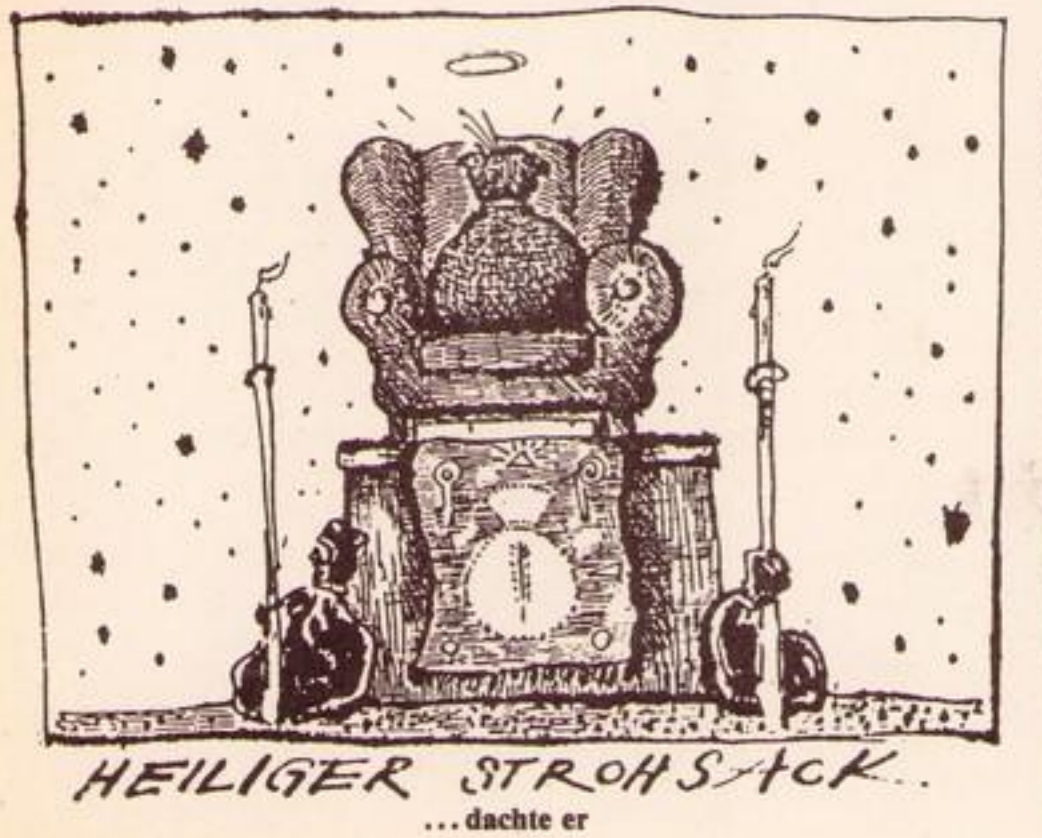
Doch schon bald ging er stiften ...



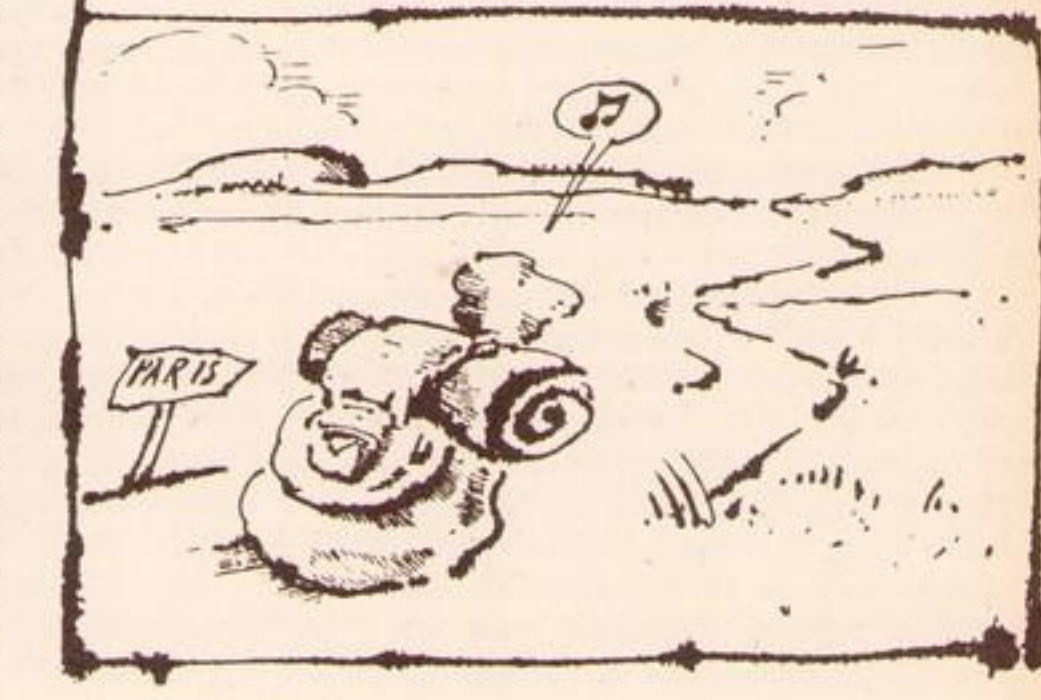
... und kam auf der Flucht zu einem Fernsehgeschäft



... wo er interessante Nachrichten hörte.



Das ist die Idee. Hier wurde man von der Polizei und den Müllmännern verfolgt, sein Entschluß war klar, mich kriegen sie nicht, und tags darauf:



Zwei Novellen von Emile Zola (1840 — 1902) über Arbeit und Arbeitslosigkeit

Der Schmied

Der Schmied war ein großer Mann, der größte im ganzen Land; er hatte viereckige Schultern, von der Glut der Schmiede und dem Eisenstaub der Hämmer waren Gesicht und Arme schwarz. In seinem eckigen Schädel trug er unter dem dichten Gestrüpp seiner Haare stahlblanke, große blaue Kinderaugen. Sein riesiger Kiefer lachte und atmete geräuschvoll wie ein Blasebalg; und hob er die Arme, in einer gewaltigen Gebärde befriedigter Macht, — einer Gebärde, die die Arbeit auf dem Amboß ihm angewöhnt hatte — so schien er seine fünfzig Jahre noch wohlgemuter zu tragen, und lustig ließ er die »Jungfer« tanzen, ein schreckliches kleines Mädchen, einen Hammer von fünfundzwanzig Pfund Gewicht, den zwischen Vernon und Rouen nur er tanzen lassen konnte.

Ein ganzes Jahr hab ich bei dem Schmied verbracht, ein Jahr der Genesung. Ich hatte mein Herz verloren, mein Hirn verloren, hatte mich selbst geflohen und suchte mich, suchte einen stillen, friedlichen Arbeitswinkel, darin ich meine Kraft wiederfinden konnte. So erblickte ich eines Abends, nachdem ich das Dorf durchwandert hatte, die einsame, flammende Schmiede, die am Kreuzweg der vier Wege stand. Die Glut war so stark, daß sie durch die offene Tür hindurch die Wegekreuzung überstrahlte und daß die Pappeln, die jenseits am Fluß reihenlang standen, wie Fackeln lohten. Eine halbe Meile weit hinaus in die milde Dämmerung klang mir der Rhythmus der Hämmer entgegen wie der Galopp eines anstürmenden Regiments.

Dann stand ich endlich unter der offenen Tür, im Licht und Lärm, im Donner der Schläge und war ganz glücklich im Anblick dieser Arbeit und dieser Hände, die rote Stangen drehten und platt schlugen.

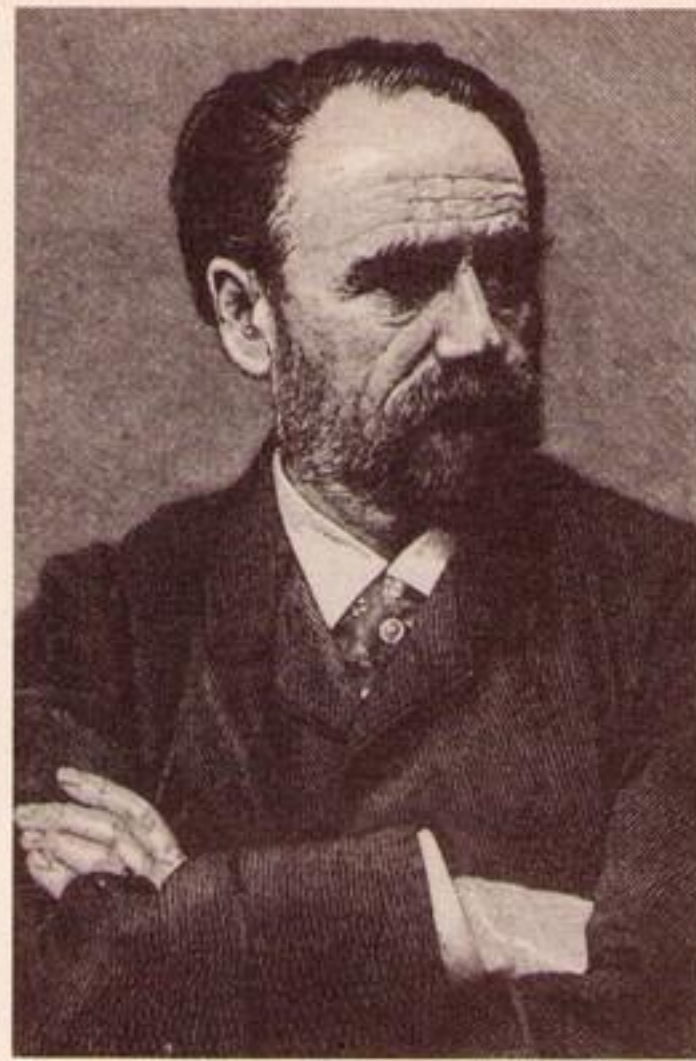
An jenem Herbstabend sah ich den Schmied zum erstenmal. Er schmiedete das Eisen eines Pfluges. Mit offenem Hemd, das die breite Brust und unter ihr bei jedem Atemzug die Rippen sehen ließ, warf er sich zurück, nahm einen Schwung und ließ den Hammer niedersausen, und das unaufhörlich mit sanftem, gleichmäßigem Wiegen des Körpers, während sich die Muskeln spannten. Der Hammer umschrieb einen regelmäßigen Kreis, stieß Funken und ließ Blitze hinter sich zurück. Es war die »Jungfer«, die der Schmied da in seinen Händen tanzen ließ, während sein Sohn, ein Bursche von zwanzig Jahren, das glühende Eisen mit der Zange hielt und auch zuschlug, mit dumpfen Schlägen, die der jauchzende Tanz des schrecklichen Mädchens verschlang. Tock, tock — tock, tock, es klang wie die ernsthafte Stimme einer Mutter, die ihr Kind zu seinen ersten Worten ermutigt. Die »Jungfer« tanzte weiter, schüttelte den Flitter ihres Kleides und sprang sie vom Amboß, ließ sie im Eisen den Abdruck ihrer Absätze zurück. Eine blutige Flamme floß auf den Boden und beleuchtete die langen Bärte der beiden Arbeiter, deren große Schatten sich bis in die dunkelste Ecke der Schmiede verloren. Allmählich wurde die Glut blasser, der Schmied hörte auf. Schwarz, auf den

Hammer still gestützt, stand er mit schweißbedeckter Stirn, die er nicht einmal abwischte, aufrecht da. Im dumpfen Röcheln des Blasebalges, den sein Sohn mit müder Hand zog, hörte ich den Atem, der noch keuchte, und sah seine zitternden Rippen.

Abends übernachtete ich in der Schmiede, und ich ging nicht wieder fort. Oben, über der Schmiede, war ein Zimmer frei; das bot er mir an, und ich nahm an. Schon um fünf Uhr, noch bevor es hell wurde, nahm ich an der Arbeit meines Wirtes teil. Ich erwachte durch das Gelächter des ganzen Hauses, das bis in die Nacht hinein von seiner gewaltigen Fröhlichkeit lebte. Unter mir tanzten die Hämmer. Die »Jungfer«, schien es, warf mich aus dem Bett, klopfte an die Decke und schalt mich einen Faulpelz. Das ganz ärmliche Zimmer mit dem großen Schrank, dem Tisch aus weißem Holz, den beiden Stühlen, krachte und rief mir zu, ich sollte mich beeilen. Und ich mußte hinunter. Unten fand ich die Schmiede schon ganz rot. Der Blasebalg pustete, aus den Kohlen stieg eine blaurosa Flamme empor, darin die Rundung eines Sternes unter dem Hauch zu glänzen schien. Der Schmied bereitete die Arbeit des Tages vor. Er kramte in den Winkeln voller Eisen, dreht Pflüge herum und untersuchte Räder. Bemerkte er mich, so stemmte der würdige Mann die Fäuste in die Seiten und lachte von einem Ohr bis zum anderen. Es machte ihm zu viel Freude, mich schon um fünf Uhr morgens aus den Federn geworfen zu haben. Ich glaube, er machte morgens nur Lärm um des Lärmes willen, um alle Leute mit dem gewaltigen Glockenläuten seiner Hämmer zu wecken. Er legte seine großen Hände auf meine Schultern, beugte sich zu mir, als spräche er zu einem Kind, und meinte, es ginge mir schon viel besser, seitdem ich mitten unter seinem alten Eisen lebte. Und jeden Tag setzten wir uns dann auf einen alten umgestürzten Karren und tranken unvermischten Wein miteinander.

Oft verbrachte ich meinen ganzen Tag in der Stube. Besonders im Winter, wenn es regnete, verbrachte ich dort alle meine Stunden. Ich interessierte mich für die Arbeit. Der beständige Kampf des Schmiedes gegen das rohe Eisen, das er nach seinem Belieben formte, erregte mich wie ein gewaltiges Drama. Ich folgte dem Metall vom Ofen zum Amboß, sah voller Überraschung, wie es sich unter der siegreichen Anstrengung des Arbeiters bog, dehnte und gleich weichem Wachs zusammenrollte. War der Pflug fertig, kniete ich vor ihm nieder, den formlosen Entwurf vom Tage vorher vermochte ich nicht mehr zu entdecken, ich prüfte die einzelnen Stücke und bildete mir ein, ungeheuer starke Finger hätten sie ohne des Feuers Hilfe geformt. Bisweilen lächelte ich und mußte an ein junges Mädchen denken, das ich früher tagelang beobachtet hatte, wie sie an einem Fenster mir gegenüber mit schlanken Fingern Messingstengel gedreht hatte, an die sie mit einem seidenen Faden künstliche Veilchen band.

Niemals beklagte sich der Schmied. Ja, hatte er vierzehn Stunden lang Eisen gehämmert, so sah ich ihn des Abends noch sein gutes Lachen



lachen, zufrieden rieb er sich die Hände. Niemals war er traurig oder müde. Er hätte auch das Haus, wäre es eingefallen, auf seinen Schultern getragen. Im Winter fand er es schön warm in seiner Stube. Im Sommer öffnete er weit die Tür und ließ den Heuduft herein. Kam der Sommer und wurde es dunkel, dann setzten wir uns miteinander vor die Tür. Wir saßen auf der Mitte des Berghanges und konnten das Tal in seiner ganzen Tiefe übersehen. Er war glücklich über diesen riesigen Teppich bebauter Äcker, die sich gegen den Horizont im hellen Lila der Dämmerung verloren.

Der Schmied scherzte oft und sagte, all diese Ländereien gehörten ihm, denn seit mehr als zweihundert Jahren versorge seine Schmiede das Land mit Pflügen. Das war sein Stolz. Keine Ernte reifte ohne ihn. Wäre die Ebene im Mai grün und im Juli gelb, so verdanke sie ihm diese doppelt schimmernde Seide. Er liebte die Saaten wie seine Töchter und vergötterte die strahlende Sonne und hob die Faust gegen die losbrechenden Hagelwolken. Oft zeigte er mir in weiter Ferne ein Stückchen Land, das mir kleiner als sein Westentrücken erschien und erzählte mir, in welchem

Jahr er für dieses Viereck Hafer oder Roggen einen Pflug geschmiedet hatte. Während der Arbeit ließ er zuweilen seinen Hammer fallen; er trat auf die Straße, und mit der Hand über den Augen hielt er Ausschau. Er sah zu, wie die zahlreiche Familie seiner Pflüge den Boden aufriß und überall, geradeaus, zur Rechten und zur Linken Furchen zog. Das Tal war deren voll. Zahllos wie Regimenter auf dem Marsch sah man die Gespanne hintereinander hergehen. Silbern in der Sonne glänzten die Eisen der Pflüge. Und er hob die Arme und rief mich: ich sollte sehen, was für eine »verfluchte Arbeit« die leisteten.

All dies klingende Eisen, das unter mir tönte, gab auch mir Eisen ins Blut. Das war besser als alle Apothekerarzeneien. Ich war an diesen Lärm gewöhnt, ich brauchte die Musik der Hämmer auf dem Amboß, um mich leben zu fühlen. In meinem Zimmer, das der Blasebalg mit seinem Schnaufen füllte, besann ich mich wieder auf mich selbst. Tock, tock — tock, tock, das klang wie die fröhliche Uhr, die meine Arbeitsstunden regelte. Mitten in der Arbeit, wenn der Schmied wild wurde, daß ich das rote Eisen unter den rasenden Hammerschlägen krachen hörte, hatte ich ein Riesenfieber in den Fäusten, ich hätte die Welt mit einem Zuge meiner Feder zermalmen mögen. Schwiß aber die Schmiede, schwieg auch alles in meinem Kopf; ich stieg hinunter, und, sah ich das besiegte Eisen, das noch rauchte, so schämte ich mich meiner Arbeit.

Wie prächtig sah der Schmied zuweilen an heißen Nachmittagen aus; nackt bis zum Gürtel, mit hervorspringenden, gespannten Muskeln war er eine jener großen Gestalten Michelangelos, die sich mit äußerster Anstrengung aufrichten. In seinem Anblick fand ich die neue plastische Linie, die unsere Bildhauer mühevoll im toten Fleisch der Griechen suchen. Er erschien mir der durch Arbeit groß gewordene Held, das unermüdliche Kind des Jahrhunderts, das unaufhörlich das Werkzeug unserer Analyse auf dem Ambol schlägt und das im Feuer und durch das Feuer die Gesellschaft von Morgen formt. Er spielte mit seinen Hämmern. Wollte er etwas zu lachen haben, so ergriff er seine »Jungfer« und schlug aus Leibeskräften darauf los. Dann ließ er den Donner bei sich grollen unter dem rosigen Hauch der Glut. Und ich hörte das Seufzen des Volkes bei seiner Arbeit.

In der Schmiede inmitten der Pflüge wurde ich Faulheit und Zweifel für immer los.



Illustrationen: Theophile Alexandre Steinlen (1859—1923)

Keine Arbeit

I
Als die Arbeiter am Morgen in die Werkstatt kommen, finden sie sie kalt und schwarz wie eine Ruine. Im Hintergrund des großen Saales steht stumm die Maschine mit mageren Armen und unbeweglichem Räderwerk; sie macht alles noch melancholischer, ihr Fauchen und Rasseln macht sonst das ganze Haus lebendig wie der Schlag eines gewaltigen, arbeitsstarken Herzens.

Der Herr kommt aus seinem kleinen Kontor herunter:

»Kinder«, sagt er traurig zu den Arbeitern, »heute gibt es keine Arbeit ... Es laufen keine Aufträge mehr ein; von allen Seiten werden die Bestellungen rückgängig gemacht, ich werde mit meiner ganzen Waren hängen bleiben. Dieser Dezember, auf den ich rechnete und der in anderen Jahren so viel Arbeit brachte, droht, die solidesten Häuser zugrunde zu richten ... Ich muß den Betrieb einstellen.«

Und da er sieht, wie die Arbeiter einander anblicken, voller Furcht vor der Heimkehr, voller Furcht vor dem Hunger am Morgen, fügt er leiser hinzu: »Ich bin kein Egoist, nein, wirklich nicht. Meine Lage ist ebenso schrecklich, wenn nicht noch schrecklicher als eure. Binnen acht Tagen habe ich fünfzigtausend Franken verloren. Ich höre heute mit der Arbeit auf, um das Loch nicht noch größer zu machen; und ich habe noch keinen Sou, um meinen Verpflichtungen am Fünfzehnten nachzukommen ... Seht, ich spreche als Freund mit euch, ich will euch nichts verbergen. Morgen kommt vielleicht schon der Gerichtsvollzieher mir ins Haus. Wir können nichts dafür, nicht wahr? Wir haben bis zuletzt gekämpft. Ich hätte euch gern über diese schwere Zeit hinweggeholfen; aber es ist aus, ich bin erledigt; ich habe kein Stück Brot mehr zu teilen.«

Dann reicht er ihnen die Hand. Die Arbeiter drücken sie schweigend. Eine Weile noch bleiben sie stehen, und mit geballten Fäusten sehen sie ihr nutzloses Handwerkszeug an. Gestern noch schwirrten schon bei Tagesanbruch die Feilen, und die Hämmer schlugen den Takt dazu; und all dies scheint im Staub des Bankrottes zu schlafen. Zwanzig, dreißig Familien werden in der nächsten Woche nichts zu essen haben. Einige Frauen haben Tränen in den Augen. Die Männer wollen fester erscheinen. Sie stellen sich tapfer und meinen, in Paris sterbe man nicht Hungers. Als der Prinzipal sie verläßt und sie ihn gebrochen davonwanken sehen, in wenigen Tagen vernichtet unter einem vielleicht noch größeren Schicksalsschlag, als er eingestehen will, geht einer nach dem anderen dem Ausgang zu: Sie ersticken im Saal, ihre Kehle ist schwer, ihr Herz fröstelt als verließen sie ein Totenzimmer. Der Tote ist die Arbeit, ist ihre große stumme Maschine, deren Gerippe unheimlich in der dunklen Ecke steht.

II

Der Arbeiter steht draußen auf der Straße, auf dem Pflaster. Seit acht Tagen streift er umher, ohne Arbeit finden zu können. Von Tür zu Tür ist er gewandert und hat seine Hände und seine Arme, hat alles angeboten, gleich zu welcher Verrichtung, sei es zur widerwärtigsten, mühsamsten und gefährlichsten. Und alle Türen haben sich wieder vor ihm geschlossen.

Dann hat er sich erboten, zu halbem Lohn zu arbeiten. Die Türen haben sich nicht wieder aufgetan. Es gibt keine Arbeit, es ist die schreck-

lichste Zeit der Stockung, die wie ein Totengeläute durch die Mansarden klingt. Eine Panik hat alle Geschäfte ergriffen, und das Geld, das erbärmliche Geld hat sich verborgen.

Nach acht Tagen ist jede Hoffnung dahin. Der Arbeiter hat einen letzten Versuch gemacht, und langsam, mit leeren Händen, vom Elend erschöpft, kehrt er heim. Es regnet; an solchen Abenden ist Paris trübselig im Schmutz. Ohne die Nässe zu spüren, geht er seines Weges, nur seinen Hunger spürt er, und er geht langsam, um später heim zu kommen; er hat sich an eine Brüstung über die Seine gebeugt; die geschwellenen Fluten gleiten dumpfgrollend dahin; weißer Schaum zerreißt an einem Brückenpfeiler. Er neigt sich weiter vor, die gewaltige Wassermasse wälzt sich unter ihm fort und ruft ihm eine wütende Lockung zu. Dann sagt er sich, das wäre feige, und er geht weiter.

Der Regen hat aufgehört. Das Gas flammt auf in den Schaufenstern der Juweliere. Drückt er eine Scheibe ein, mit einem Griff hätte er Brot auf Jahre hinaus. In den Gaststätten wird es hell; und hinter den weißen Mousselinvorhängen sieht er Leute essen. Er geht schneller und steigt an Garküchen, Fleischerläden und Bäckereien vorbei, an allem, was Paris für die Stunden des Hungers feilbietet, zur Vorstadt hinauf.

Als Frau und Kind am Morgen geweint hatten, hatte er ihnen zum Abend Brot versprochen. Er hat ihnen seine Lüge vor dem Abend nicht eingestehen können. Während des Gehens fragt er sich, wie er vor sie hintreten und was er ihnen zur Beruhigung sagen sollte. Länger können sie wirklich nicht ohne Essen bleiben. Er würde es schon versuchen, aber die Frau und das Kind sind zu zart.

Einen Augenblick denkt er daran, zu betteln. Aber kommt ein Herr oder eine Dame an ihm vorbei, und will er die Hand ausstrecken, so wird ihm der Arm steif, und die Kehle schnürt sich ihm zu. Wie angewurzelt bleibt er auf dem Bürgersteig stehen, und die anständigen Leute wenden sich von ihm ab in der Meinung, er sei betrunken, wenn sie sein verstörtes, vor Hunger wildes Gesicht sehen.

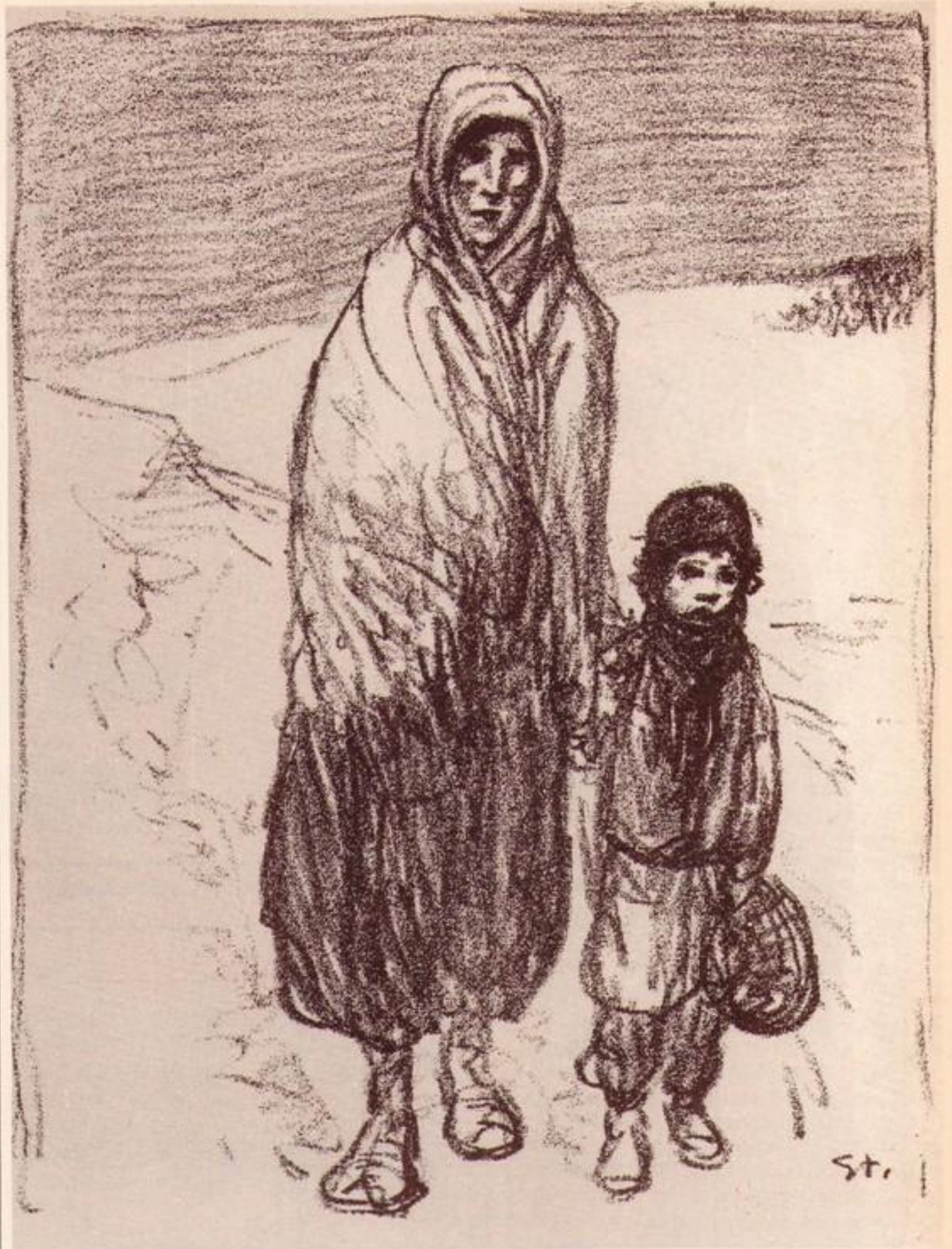
III

Die Frau des Arbeiters steht unten in der Tür, die Kleine schläft oben. Sie hat ein Kattunkleid an und ist ganz abgemagert. Im kalten Straßenwind schauert sie vor Kälte zusammen.

In der Wohnung ist nichts mehr; sie hat alles zum Pfandleiher getragen. Acht Tage ohne Arbeit vermögen das Haus leer zu machen. Am Abend vorher hat sie die letzte Handvoll Wolle aus ihrer Matratze nach und nach daraufgegangen, jetzt ist nur noch der Überzug da. Den hat sie vor dem Fenster aufgehängt, damit der Wind nicht so hineinbläst, denn die Kleine hustet stark.

Ohne ihrem Mann etwas zu sagen, ist auch sie auf die Suche gegangen. Aber die arbeitslose Zeit lastet noch mehr auf Frauen als auf Männern. Auf dem gleichen Flur mit ihnen wohnen einige unglückliche Frauen, die sie nachts schluchzen hört. Eine hat sie getroffen, die stand regungslos an einer Straßenecke; eine andere ist gestorben; eine dritte verschwunden.

Zum Glück hat sie einen braven Mann, der nicht trinkt. Hätten tote Zeiten sie nicht um alles gebracht, sie hätten ihr gutes Auskommen. Ihr Kredit ist erschöpft: Sie hat Schulden beim



Bäcker, beim Spezereihändler und bei der Gemüsefrau, sie wagt sich kaum mehr an den Läden vorbei. Nachmittags war sie bei ihrer Schwester, um sich einen Franken zu leihen; aber auch dort hat sie ein solches Elend angetroffen, daß sie in Tränen ausgebrochen war, und wortlos hatten beide lange miteinander geweint. Beim Fortgehen hatte sie noch versprochen, ein Stück Brot zu bringen, falls ihr Mann mit etwas heimkomme.

Der Mann kommt nicht heim. Es regnet, sie flüchtet unter die Tür; große Tropfen klatschen vor ihren Füßen auf den Boden, und nasser Staub durchdringt ihr dünnes Kleid. Manchmal wird sie ungeduldig, dann wagt sie sich trotz des Regens auf die Straße und geht bis zur nächsten Ecke, ob sie ihn nicht sieht. Und wenn sie zurückkommt, ist sie bis auf die Haut durchnäßt; sie streicht sich mit den Händen über die Haare, um sich abzutrocknen; und wieder faßt sie sich, von kurzen Fieberstößen geschüttelt, in Geduld.

Der Strom der Vorübergehenden drückt sie an die Wand. Sie macht sich ganz klein, um niemandem im Wege zu sein. Männer gucken ihr voll ins Gesicht; manchmal streift heißer Atem ihren Hals. Das ganze zweideutige Paris, die schmutzige Straße, das grelle Licht und das Wagengerassel scheint sie packen und in den Rinnstein werfen zu wollen. Sie hat Hunger, sie gehört aller Welt. Gegenüber ist ein Bäcker, da fällt ihr das Kind ein, das oben schläft.

Und kommt endlich der Mann heim — wie ein Verbrecher drückt er sich an den Häusern entlang — so stürzt sie ihm entgegen und sieht ihn angstvoll an.

»Nun?« stammelt sie.

Er antwortet nicht und senkt den Kopf. Dann geht sie ihm voraus die Treppe hinauf, blaß wie eine Tote.

IV

Doben die Kleine schläft nicht. Sie ist aufgewacht. Und beim Kerzenstümpfchen, das auf einer Tischdecke jämmerlich stirbt, denkt sie träumerisch nach. Und irgend etwas Entsetzliches und Herzerreißendes überfliegt das Gesicht dieses siebenjährigen Kindes mit den welken und ernsten Zügen einer reifen Frau.

Sie sitzt auf dem Rand eines Koffers, der ihr als Lagerstätte dient. Ihre nackten Beine hängen schlotternd herab; ihre kranken Puppenhände halten die Fetzen, die sie bedecken, über der Brust zusammen. Sie fühlt ein Brennen, ein Feuer, das sie löschen möchte. Sie denkt nach.

Sie hat niemals Spielzeug gehabt. Sie kann nicht zur Schule gehen, weil sie keine Stiefel hat.

Als sie kleiner war, hat ihre Mutter sie im Sonnenschein spazierengeführt: daran erinnert sie sich. Aber das liegt lange zurück. Sie mußten umziehen; und seither, scheint ihr, hat ein Eishauch durchs Haus geweht. Seitdem fühlt sie sich nicht mehr glücklich; sie hat immer Hunger gehabt. Etwas Unergründliches ist es, darin sie versinkt, ohne es begreifen zu können. Hungert denn alle Welt? Sie hat sich doch solche Mühe gegeben, sich daran zu gewöhnen, und sie hat es nicht gekonnt. Sie glaubt, sie sei zu klein, um das zu verstehen, müsse man erwachsen sein. Die Mutter weiß sicher alle Dinge, die man den Kindern verbirgt. Wenn sie dürfte, würde sie einmal fragen, wer einen so in die Welt setzt, damit man hungert.

Und dann ist es so häßlich bei ihnen! Sie betrachtet das Fenster, die kahlen Wände, die zerstoßenen Möbel, dieses ganze Dachstübchenelend, darüber der Mangel an Arbeit Verzweiflung ergießt. Sie glaubt in ihrer Unschuld, von warmen Zimmern mit schönen, glänzenden Dingen geträumt zu haben; sie schließt die Augen, um alles wieder zu sehen, und zwischen ihren dünn gewordenen Lidern wird das Kerzenlicht zu einem mächtigen goldenen Schein, in den sie eingehen möchte. Aber der Wind weht, und vom Fenster zieht es so kalt herein, daß ein Hustenanfall sie packt. Ihre Augen sind voller Tränen.

Ließ man sie früher allein, so hatte sie Angst; jetzt macht sie sich nichts mehr daraus. Da man seit gestern nichts gegessen hat, glaubt sie, ihre Mutter hole Brot. Und dieser Gedanke macht ihr Freude. In ganz kleine Stücke wird sie ihr Brot schneiden und langsam eines nach dem anderen essen. Sie wird mit ihrem Brot spielen.

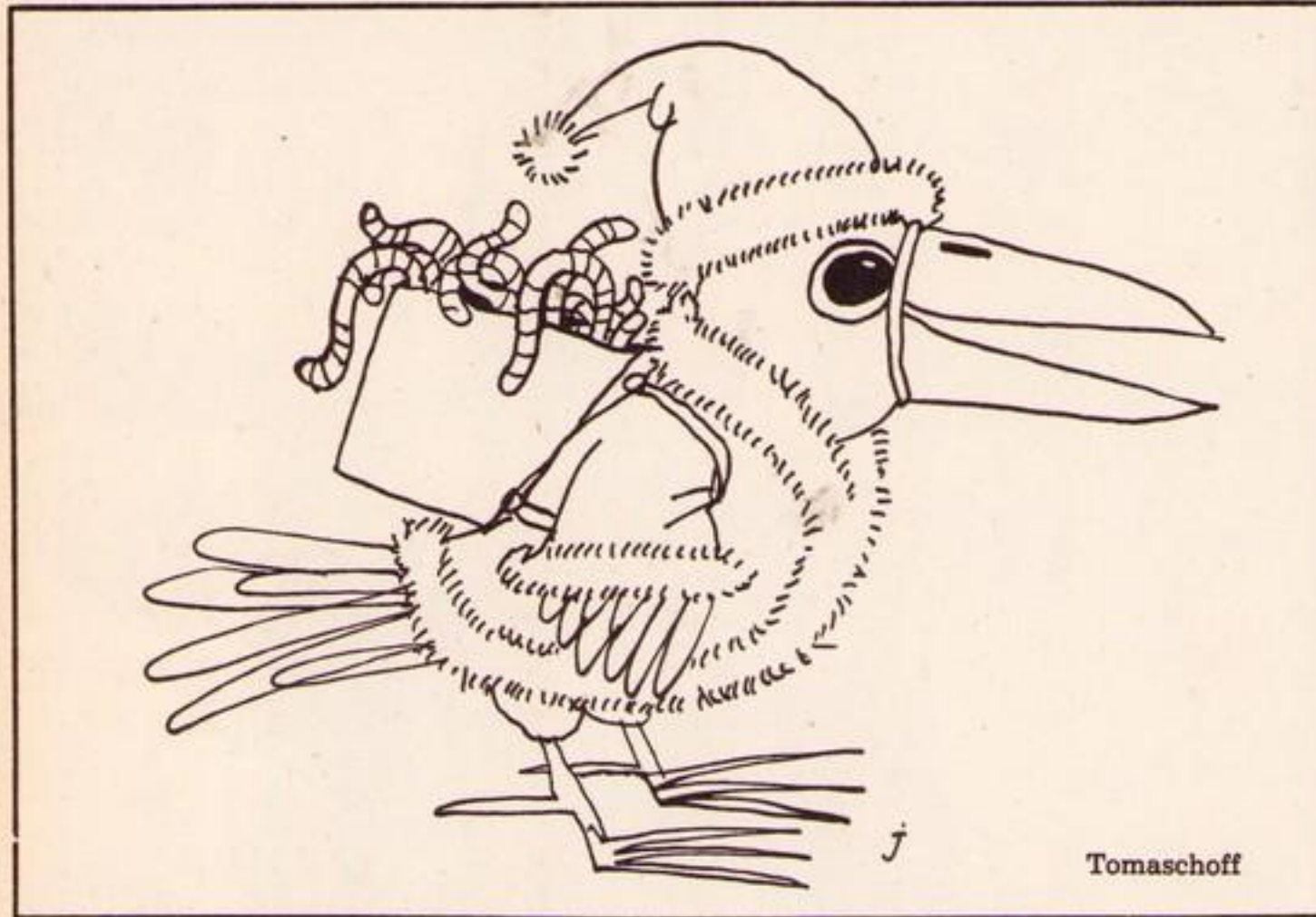
Die Mutter ist heimgekehrt, der Vater schließt die Tür. Ganz überrascht betrachtet die Kleine ihrer beiden Hände. Und da keines etwas sagt, so sagt sie nach einer Weile in halbsingendem Ton:

»Ich habe Hunger, ich habe Hunger.«

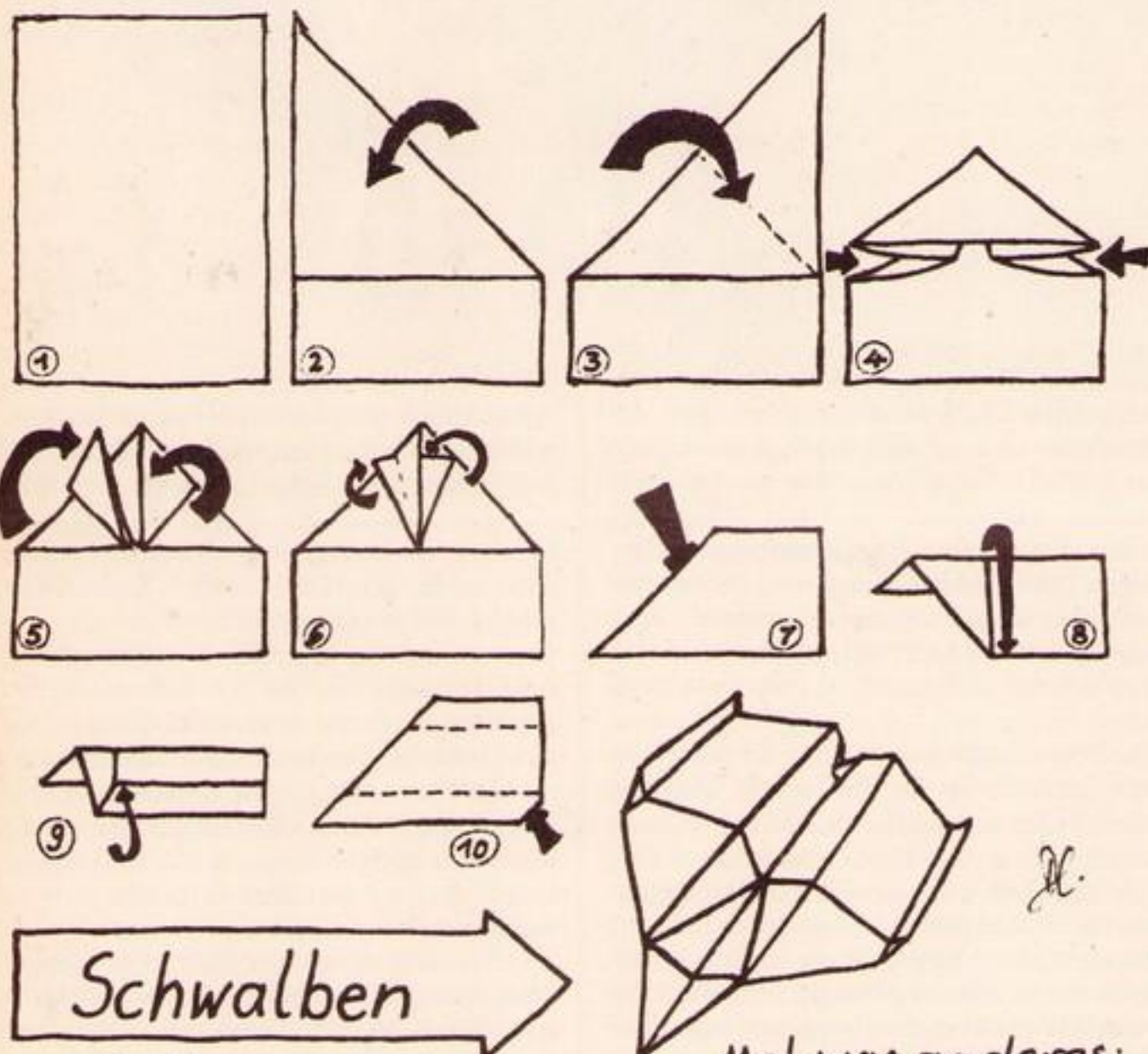
Der Vater stützt in einer dunklen Ecke seinen Kopf in die Hände; er rührt sich nicht. Heftiges Schluchzen schüttelt lautlos seine Schultern. Die Mutter zwingt ihre Tränen hinunter und legt die Kleine wieder hin. Sie bedeckt sie mit allen Fetzen, die sie auftreiben kann, und sagt, sie solle brav sein und schlafen. Aber das Kind, dessen Zähne vor Kälte aufeinander schlagen und das den Brand in seiner Brust stärker fühlt, faßt sich plötzlich ein Herz. Sie schlingt die Arme um der Mutter Hals und fragt ganz leise:

»Sag, Mutter, warum haben wir denn Hunger?«

Kinderseite



Und was gibt's Weihnachten bei euch zu essen? — Na, auf jeden Fall: guten Appetit!



**Schwalben
statt
Raketen**



Mal was anderes:
Nicht Tauben-Schwalben
statt Raketen. Fliegen
auch viel besser, ehrlich.
Gegen die Raketen helfen

natürlich beide nicht. Und dagegen sein und was dagegen tun müssen wir alle, Jung und Alt gemeinsam. Aber: Man muß auch seinen Spaß haben. Schwalbenfliegen lassen bringt Spaß, auch im Winter. Auch im Zimmer. Kanntet ihr dieses Modell schon? Das ist ein Weihnachts-Spikenmodell! Am besten nimmt man dafür normales Schreibmaschinenpapier (DINA4). Der Rest ist Falzen...

Die Grille und der Maulwurf



Eine Grille hatte den ganzen Sommer über nichts anderes getan, als auf ihrer Geige gefiedelt, weil ihr das so gut gefiel. Und als dann der Winter kam, hatte sie nichts zu essen; denn sie hatte das Feld nicht bestellt, also auch keine Ernte. Sie hatte keine Vorräte gesammelt. Hatte auch kein Winterhaus gebaut, mit Ofen. Da ging sie zum



Hirschkäfer. Der Hirschkäfer war der Oberförster vom Moosgestrüpp. Ein Oberförster muß zu den anderen Tieren gut sein und ihnen in der Not helfen. «Könnte ich bei Ihnen vorübergehend kostenlos wohnen?» fragte die Grille. «Nur für einen Winter, denn ich habe vergessen ...»



«Oh, vergessen», sagte der Hirschkäfer, «vergessen! Ja, ja, das kennen wir. Erst den ganzen Sommer nutzlos herumfiedeln und dann auf anderer Leute Kosten leben. Nein, nein, Mariechen, geht nicht.»



Da ging die Grille mit ihrer kleinen Geige weiter und kam zum alten Maulwurf, der in einer Kellerwohnung wohnte. Mit Ofen. «Oh, Besuch», rief der alte Maulwurf. «Kommen Sie doch mal näher. Kann nämlich nicht gut sehen, bin etwas kurzsichtig auf den Augen, weil ich blind bin. Kommt von der schwarzen Erde unter der Erde, wo ich arbeite. Macht nix.»



Als er die Grille erkannte, freute er sich, denn er hatte im Sommer oft ihrem Gefiedel gelauscht. Wer schlecht sieht, der hört gern zu, wenn einer Musik spielt. «Spiel doch mal was auf der Geige, du!», sagte der alte Maulwurf. Und die Grille fiedelte und geigte, und der Ofen bollerte. Im Topf roch die Suppe, und so verging ihnen der Winter wie ein Tag. War ein schöner Winter für die beiden, wohl der schönste ihres Lebens.



Thema
der
Woche:
„Weiße
Weihnacht“!



„Von drauß' vom Walde komm ich her, ich muß euch sagen, es regnet sehr ...“

Diese schöne Bildgeschichte haben wir gekürzt aus dem Buch „Die Maus hat rote Strümpfe an“ von Janosch entnommen. Wenn jetzt nicht schon Weihnachten wär, könnte man dieses Bilderbuch glatt als Geschenktipp angeben. Es läßt sich aber auch zu anderen Gelegenheiten sehr gut verschenken bzw. wünschen.

Das Buch erschien 1978 im Beltz Verlag, Weinheim und Basel.

Jetzt habe ich den RM-Leuten eine ganze Serie zusammengeschrieben. Dabei glauben die gar nicht an mich...



4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaß, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318. 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.